

111

**Projekte
für Österreich**

SPÖ-Wahlprogramm 2013

111 Projekte für Österreich – Übersicht

Arbeitsplätze und Wachstum 8

Österreich als Produktionsstandort stärken 8

Projekt 1:	Konjunkturpaket für Wachstum, Arbeitsplätze und leistbare Wohnungen	8
Projekt 2:	Eine starke Industrie und leistungsfähige Klein- und Mittelbetriebe als Stabilitätsanker	8
Projekt 3:	Verkehrs- und Technologieinfrastruktur weiter ausbauen.....	9
Projekt 4:	Österreich im Innovationsbereich an die Spitze führen	9
Projekt 5:	Österreichische Spitzentechnologien in die Welt tragen.....	9
Projekt 6:	Mehr qualitativ hochwertige Arbeitsplätze in Forschung und Innovation schaffen.....	10
Projekt 7:	Aktive Industriepolitik – Neuorientierung der ÖIAG.....	10
Projekt 8:	Zusätzliche Finanzierungsformen für Unternehmen	10
Projekt 9:	Ein-Personen-Unternehmen absichern	10
Projekt 10:	Kreativwirtschaft stärken.....	11

Bildung und Qualifikation als Schlüssel für Wirtschaftswachstum und Wohlstand 11

Projekt 11:	Wissen als Wachstumsinvestition begreifen	11
Projekt 12:	Ausbildung bis 18 – gut ins Berufsleben starten.....	12
Projekt 13:	Österreichweite, branchenbezogene Lehrlingsfonds schaffen.....	12
Projekt 14:	Mehr Bildungschancen – Erhöhung der Durchlässigkeit im Aus- und Weiterbildungssystem .	12
Projekt 15:	Die Angebote der Erwachsenenbildung forcieren	12

Europaweit in Wachstum und Beschäftigung investieren 13

Projekt 16:	Gezielte Investitionen in Zukunftsbereiche tätigen	13
Projekt 17:	Handlungsfähigkeit der EU stärken.....	13
Projekt 18:	Europa sozialer machen.....	14

Gerechtigkeit..... 15

Faire Einkommen, faire Arbeit 15

Projekt 19:	Arbeit und gerechte Löhne für alle	15
Projekt 20:	Prekäre Beschäftigung bekämpfen – faire Arbeitsverhältnisse schaffen	15
Projekt 21:	All-In-Verträge und Konkurrenzkláuseln einschränken	16
Projekt 22:	Gemeinsames Arbeitsrecht für alle	16
Projekt 23:	Frauen und Männer: Gleicher Lohn für gleiche Arbeit	16
Projekt 24:	„Genesungsteilzeit“ – für eine gesunde Rückkehr in den Arbeitsalltag	16
Projekt 25:	Die Balance zwischen Arbeit und Freizeit verbessern	17

Für eine gerechte Steuerpolitik 17

Projekt 26:	Steuern auf Arbeitseinkommen durch Millionärssteuer senken	17
Projekt 27:	Unternehmensgewinne gleich besteuern.....	17
Projekt 28:	Familienbeihilfe für alle erhöhen statt Besserverdienende steuerlich begünstigen	17

Finanzmärkte europaweit regulieren	18
Projekt 29: Kampf gegen Steuerbetrug und Steuerhinterziehung	18
Projekt 30: Finanzmärkte konsequent regulieren	18
Volles Vertrauen in die Justiz wieder herstellen	18
Projekt 31: Wiedererrichtung des Jugendgerichtshofes	19
Projekt 32: Stellung von Opfern verbessern	19
Projekt 33: Unabhängiger Bundesstaatsanwalt – Stärkung der Korruptionsstaatsanwaltschaft.....	19
Projekt 34: Kollektiven Rechtsschutz für KonsumentInnen einführen.....	19
Ein modernes Familienrecht.....	19
Projekt 35: Familienrecht weiter modernisieren	20
Projekt 36: Unterhaltsansprüche für Kinder durchsetzen.....	20
Ein Beitrag zu globaler Gerechtigkeit – Entwicklungszusammenarbeit.....	20
Projekt 37: Gerechtigkeit weltweit voranbringen	20

Sicherheit in unserer Gesellschaft21

Sicherung der Lebensqualität als öffentliche Aufgabe	21
Projekt 38: Keine Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen	21
Projekt 39: Nachhaltige Energiepolitik fortsetzen – Kampf gegen Atomenergie.....	21
Projekt 40: Die Umwelt durch eine zukunftsorientierte Raumplanung schonen.....	21
Projekt 41: Der öffentliche Verkehr als Rückgrat des Verkehrssystems	22
Projekt 42: Verkehrssicherheit weiter verbessern	22
Projekt 43: Umstieg auf öffentliche Verkehrsmittel erleichtern	22
Projekt 44: Top-Jugendticket für alle Jugendlichen in Ausbildung.....	24
Wohnen leistbar machen.....	23
Projekt 45: In den sozialen und gemeinnützigen Wohnungsneubau investieren	23
Projekt 46: Zweckbindung der Wohnbauförderung sicherstellen	23
Projekt 47: MieterInnen durch ein transparentes Mietrecht entlasten.....	23
Projekt 48: Heizen für alle leistbar machen	24
Soziale Absicherung im Alter	24
Projekt 49: Sichere gesetzliche Pensionen statt risikoreicher Pensionsfonds.....	25
Projekt 50: Keine weitere Anhebung des gesetzlichen Pensionsalters	24
Projekt 51: Mitten im Beruf mit 50plus.....	25
Projekt 52: Menschenwürdige Pflege – Pflegedienstleistungen ausbauen.....	26
Gesundheit fördern und sichern	26
Projekt 53: Gesundheitssystem gerecht und solidarisch finanzieren	26
Projekt 54: Gesundheitsversorgung weiter verbessern	26
Projekt 55: Mehr Zeit für PatientInnen	26
Projekt 56: Modernes Gesundheitssystem für alle Regionen garantieren	26

Projekt 57:	Gesundheitsförderung von Anfang an – Prävention ausbauen	27
Projekt 58:	Mehr Bewusstsein für gesunde Ernährung schaffen	27
Projekt 59:	Recht auf Selbstbestimmung – Schwangerschaftsabbruch und Verhütung	27
Projekt 60:	Beschäftigung im Gesundheitsbereich attraktiver gestalten	27

Mehr Rechte für KonsumentInnen 28

Projekt 61:	Sichere Lebensmittel und Produkte	28
Projekt 62:	Klare und einheitliche Verbraucherrechte	28
Projekt 63:	Sicherheit auf ein Entkommen aus der Schuldenfalle	28
Projekt 64:	Game Over für das kleine Glücksspiel	28

Sozialer Frieden als Fundament für Innere Sicherheit 29

Projekt 65:	Mehr PolizistInnen im öffentlichen Raum	29
Projekt 66:	Sicherheitsstrategie umsetzen	29
Projekt 67:	Umfassenden Schutz vor Gewalt gewährleisten	29

Für ein attraktives Bundesheer 29

Projekt 68:	Bauoffensive starten und zeitgemäße Unterkünfte schaffen	29
Projekt 69:	Das Bundesheer für Frauen attraktiver machen	30
Projekt 70:	Bildungs- und Ausbildungsinitiative für MitarbeiterInnen	30

Eine aktive Außenpolitik – eine hörbare Stimme in der Welt 30

Projekt 71:	Einsatz für globale Friedenssicherung	30
Projekt 72:	Österreich als verlässlicher Partner in der internationalen Politik	30
Projekt 73:	Aktiv in die Arbeit der Vereinten Nationen einbringen	31

Chancengleichheit 32

Gleiche Chancen in einem fairen und weltoffenen Bildungssystem 32

Projekt 74:	Kinder früh fördern	32
Projekt 75:	Vorrang für Volksschulen	32
Projekt 76:	Ganztagsschulen für die optimale Förderung der SchülerInnen	32
Projekt 77:	Gemeinsame Schule der 10 bis 14-Jährigen	33
Projekt 78:	Beste Schule – Beste LehrerInnen: Potenziale entwickeln und Perspektiven eröffnen	33
Projekt 79:	Schulen als attraktive Lebensräume gestalten	33
Projekt 80:	Direktwahl der SchülerInnenvertretung durch alle SchülerInnen	33

Offener Zugang zu Hochschulbildung 33

Projekt 81:	Neue Studienplätze schaffen – Hochschulzugang erleichtern	34
Projekt 82:	Soziale Absicherung der Studierenden gewährleisten	34
Projekt 83:	Forschungskarrieren von Frauen fördern	34
Projekt 84:	Fachhochschulsektor ausbauen	34
Projekt 85:	Mitbestimmung an den Hochschulen verbessern	34

Digitalisierung für mehr Chancengleichheit nutzen.....	35
Projekt 86: Internet-Infrastruktur als Teil der Daseinsvorsorge und Chancengleichheit.....	35
Projekt 87: Digitalisierung nutzen und das freie Internet als demokratisches Bürgerrecht	35
Projekt 88: Internet mit dem Urheberrecht versöhnen – neue Rahmenbedingungen schaffen	35
Moderne Geschlechterpolitik und bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie.....	36
Projekt 89: Bessere Chancen für Frauen in der Arbeitswelt	36
Projekt 90: Rollenklischees bei der Berufswahl durchbrechen	36
Projekt 91: In Ausbau und Qualität der Kinderbetreuung investieren.....	36
Projekt 92: Mehr Väter in Karenz.....	37
Projekt 93: Bezahlter Papamonat für alle Väter.....	37
Für ein Zusammenleben mit Respekt.....	37
Projekt 94: Mehrsprachigkeit als Bereicherung ansehen.....	37
Projekt 95: Zuwanderung mit Verantwortung gestalten	37
Projekt 96: Asylverfahren weiter beschleunigen	37
Ein selbstbestimmtes Leben für Menschen mit Behinderungen	38
Projekt 97: Selbständigkeit unterstützen	38
Projekt 98: Ausbau der Barrierefreiheit	38
Bewegung und Sport als lebenslange Begleiter	38
Projekt 99: Tägliche Turnstunde – die positiven Effekte von mehr Bewegung nutzen.....	38
Projekt 100: Bessere Rahmenbedingungen für den Leistungssport	39
Kultur für alle.....	39
Projekt 101: Klares Bekenntnis zur Verantwortung des Staates in der Kulturfinanzierung.....	39
Projekt 102: Fokus auf zeitgenössische Kunst – Förderinstrumente stärken und Einkommen sichern.....	39
Projekt 103: Kunst- und Kulturvermittlung ausbauen.....	40
Projekt 104: Ein modernes Bibliotheksnetz für den Zugang zu Bildung, Kultur und Information.....	40
Zugang zu Wissen und Information durch eine innovative Medienpolitik	40
Projekt 105: Qualitativen Journalismus fördern	40
Projekt 106: Die private Rundfunklandschaft in Österreich sichern	41
Projekt 107: Reform des öffentlich-rechtlichen Rundfunks	41
Lebensqualität und Chancengleichheit im ländlichen Raum.....	41
Projekt 108: Nationale Strategie für den ländlichen Raum erarbeiten	41
Projekt 109: Einen Schwerpunkt auf den Arbeitsmarkt setzen.....	42
Projekt 110: Gerechte Verteilung der Agrarförderungen	42
Projekt 111: Stärkung der Gemeinden und Zusammenarbeit der Kommunen.....	42

Vorwort

Worin bestehen die zentralen Herausforderungen der kommenden Jahre, wie werden sie am besten bewältigt, was wird die SPÖ in den kommenden fünf Jahren in Österreich verändern und verbessern – das ist der Inhalt unseres Wahlprogramms, das wir in einem breit angelegten Diskussionsprozess erarbeitet haben.

Unser Land steht im internationalen und europäischen Vergleich gut da. Wir haben die Folgen der Finanz- und Wirtschaftskrise weit besser bewältigt als andere Staaten – unsere Arbeitslosigkeit ist geringer, unser Wirtschaftswachstum höher, der soziale Frieden wurde gewahrt.

Das ist kein Zufall. Das ist dem Fleiß, der Tüchtigkeit und der Innovationskraft der Österreicherinnen und Österreicher zu verdanken und einer verantwortungsvollen, sozialdemokratischen Politik, die Österreich mit sicherer Hand durch stürmische Zeiten geführt hat.

Einer Politik, die

- ⇒ für soziale Gerechtigkeit und um jeden Arbeitsplatz kämpft,
- ⇒ darauf achtet, dass im wirtschaftlichen Wettbewerb niemand unter die Räder kommt, weil wir ein ausgebautes System sozialer Sicherung haben,
- ⇒ die Österreichs Interessen in der EU mit starker Stimme vertritt,
- ⇒ die Haushaltspolitik so gestaltet, dass insbesondere nicht jene nochmals belastet werden, die Leidtragende der Krise waren,
- ⇒ die besten Bildungschancen für alle in jeder Lebensphase bereitstellt,
- ⇒ dafür sorgt, dass Wohnen für jede und jeden leistbar ist,
- ⇒ garantiert, dass ein Altern in Würde und mit solider finanzieller Absicherung möglich ist,
- ⇒ dafür sorgt, dass jede und jeder unabhängig von seinem und ihrem Einkommen die beste Gesundheitsversorgung bekommt,
- ⇒ öffentliche Dienste einfach, effizient und günstig organisiert, um alle wichtigen Serviceleistungen für die Bürgerinnen und Bürger zu gewährleisten,
- ⇒ in der öffentlichen Verwaltung das Prinzip der Informationsfreiheit anstelle des Amtsgeheimnisses verankert.

Eine Politik, geprägt von den sozialdemokratischen Grundwerten, denen die SPÖ seit mehr als 100 Jahren verpflichtet ist. Werte, die universelle Gültigkeit besitzen. Werte, die immer wieder zeitgemäß interpretiert werden müssen, um in der praktischen Politik angewandt werden zu können.

Nehmen wir den Wert Gerechtigkeit. Es ist eine Frage der Gerechtigkeit, dass wir international und europaweit durch eine Finanztransaktionssteuer zum einen jene zur Kasse bitten, die die Finanz- und Wirtschaftskrise maßgeblich verursacht haben und zum anderen Finanzspekulationen zurückdrängen. Es ist auch eine Frage der Gerechtigkeit, dass alle – wie es ihrer wirtschaftlichen Situation entspricht – über Steuerleistungen zum gemeinsamen Haushalt des Staates beitragen und sich dieser Aufgabe nicht entziehen.

Es ist eine Frage der Gerechtigkeit zwischen den Geschlechtern, dass die Schere zwischen den Einkommen von Frauen und Männern geschlossen wird. Ebenso wie es eine Frage der Gerechtigkeit ist, dass die Bildungschancen der Kinder nicht von der Finanzkraft der Eltern abhängen und die Qualität der Gesundheitsversorgung nicht vom Einkommen der einzelnen.

Österreich soll in den nächsten fünf Jahren weiterhin den Weg in Richtung sozialer Gerechtigkeit und wirtschaftlichen Erfolgs beschreiten und seinen Spitzenplatz in der EU behaupten. Wir wollen Österreich im Innovationsbereich an die Spitze führen und durch eine aktive Industrie- und Wirtschaftspolitik neue Arbeitsplätze schaffen. Wir wollen mehr Chancengleichheit auf allen Ebenen und erreichen, dass sich die Österreicherinnen und Österreicher umfassend sicher fühlen.

Unser Ziel war es daher ein Wahlprogramm nicht nur für die Menschen zu erarbeiten, sondern das gemeinsam mit ihnen zu tun. Wir haben in einem breiten Prozess die Anregungen der Österreicherinnen und Österreicher eingeholt und in weiterer Folge zu den Bereichen Bildung, Frauen, Gesundheit sowie Arbeit zu „BürgerInnendialogen“ eingeladen. Dabei wurden von den Teilnehmerinnen und Teilnehmern zehn Projekte erarbeitet, die Eingang in unser Wahlprogramm gefunden haben. Wir möchten Ihnen in unserem Wahlprogramm daher 111 Projekte für Österreich vorstellen, die wir in den kommenden Jahren umsetzen wollen.

Arbeitsplätze und Wachstum

Zentrale Ziele sozialdemokratischer Politik sind Vollbeschäftigung, Verteilungsgerechtigkeit und Nachhaltigkeit. Die SPÖ bekennt sich zu einem verantwortungsvollen Staat, der aktive Wirtschaftspolitik umsetzt und beste Infrastruktur bereitstellt. Mit diesem Erfolgsmodell einer „sozialen Marktwirtschaft“ ist Österreich in den vergangenen Jahren zum zweitreichsten Land der EU aufgestiegen.

Österreich als Produktionsstandort stärken

Wir wollen mit einer Wirtschaftspolitik, die auf Investitionen in Innovation sowie Aus- und Weiterbildung der Menschen setzt, Österreich an die Spitze Europas bringen. Dazu muss Österreich seinen hochwertigen Wirtschaftsstandort mit optimal ausgebildeten ArbeitnehmerInnen und einer erstklassigen Infrastruktur weiter ausbauen und den Strukturwandel hin zu einer innovations- und zukunftsorientierten Wirtschaft aktiv gestalten.

Projekt 1: Konjunkturpaket für Wachstum, Arbeitsplätze und leistbare Wohnungen

In wirtschaftlich schwierigen Zeiten sind Investitionen in Wachstum und Beschäftigung unerlässlich. Das Konjunkturpaket aus dem Jahr 2008 hat den krisenbedingten Einbruch stark gebremst und die Beschäftigung zehntausender Menschen gesichert. Österreich hat dadurch die Krise besser als andere Länder bewältigt und weist im EU-Vergleich die geringste Arbeitslosenquote auf. Nachdem das letzte Konjunkturpaket 2012 ausgelaufen ist, werden wir durch ein neues Paket, dessen Grundzüge bereits im Juni 2013 beschlossen werden konnten, neues Wachstum schaffen, Arbeitsplätze sichern und Wohnen leistbarer machen. Konkret werden dafür 1,5 Milliarden Euro bis 2016 zur Verfügung gestellt. Rund 14.000 zusätzliche Wohnungen und 60.000 Arbeitsplätze sollen dadurch geschaffen werden. Investiert wird vor allem in Bauprojekte, in die Pflege und Kinderbetreuung und den Hochwasserschutz. Gerade in der Bauwirtschaft und im Baunebengewerbe, die besonders unter der Krise leiden, sind Beschäftigungsimpulse dringend notwendig. Mit dem Konjunkturpaket werden die Weichen dafür gestellt, dass Österreich seine gute wirtschaftliche Position verteidigen kann.

Projekt 2: Eine starke Industrie und leistungsfähige Klein- und Mittelbetriebe als Stabilitätsanker

Österreichs Wirtschaft wächst seit 1989 im Durchschnitt um 0,5 Prozent pro Jahr stärker als der EU-Durchschnitt und hat 0,6 Prozent mehr Wachstum als die Schweiz. Dazu hat eine leistungsfähige gesamtwirtschaftliche Struktur von Klein- und Mittelbetrieben und Industrie beigetragen. In der Krise ist eine starke Industrie ein Stabilitätsanker für die österreichische Wirtschaft und sorgt dafür, dass die wirtschaftliche Aktivität hoch bleibt, Steuereinnahmen erhalten und Arbeitsplätze ausgebaut werden. Wir werden Österreich als Produktionsstandort in den nächsten Jahren noch besser positionieren und durch zielgerichtete Innovationspolitik weiter modernisieren.

Projekt 3: Verkehrs- und Technologieinfrastruktur weiter ausbauen

Eine leistungsfähige Volkswirtschaft wie Österreich benötigt gut funktionierende öffentliche Infrastrukturen (Verkehr, Energie, Telekommunikation, Wasserversorgung, Gesundheits- und Bildungseinrichtungen etc.). Der Ausbau der Infrastruktur ist daher einer der Schlüsselfaktoren des Erfolgsmodells Österreich. Wir werden die Modernisierung der Verkehrsinfrastruktur weiter vorantreiben. In den nächsten fünf Jahren sollen jedes Jahr zwei Milliarden Euro in den Ausbau der Schieneninfrastruktur investiert und die Bahnhofsoffensive zur Modernisierung und zum Ausbau der umweltfreundlichen, sicheren und leistbaren Bahninfrastruktur fortgesetzt werden. In den Ausbau des hochrangigen Straßennetzes soll in diesem Zeitraum jedes Jahr eine Milliarde Euro investiert werden. Die Versorgungssicherheit in der Energiewirtschaft muss durch ausreichende und ökologisch verträgliche Investitionen sichergestellt werden. Die Förderung des flächendeckenden Ausbaus der Breitbandtechnologie im Glasfasernetz und im mobilen Breitband soll die Leistungsfähigkeit der Technologieinfrastruktur weiter erhöhen.

Projekt 4: Österreich im Innovationsbereich an die Spitze führen

Rund zwei Drittel des österreichischen Wirtschaftswachstums haben ihren Ursprung im technologischen Fortschritt. Österreich verfügt in vielen gesellschaftlichen Schlüsselbereichen über hohe Innovations- und Umsetzungskompetenz. Der Sprung ganz an die Spitze setzt strukturelle Reformen voraus. Innovation wird von kreativen ArbeitnehmerInnen und wagnisbereiten Unternehmen getragen. In der Wirtschafts- und Innovationspolitik der SPÖ nimmt auch der Staat eine wichtige und aktive Rolle ein. In einer vernetzten und innovativen Wirtschaft sind wissenschaftliche Forschung, Produktion und Kommunikation eng verwoben, daher muss der Staat leistungsfähige öffentliche Infrastrukturen bereitstellen. Die SPÖ setzt auf gezielte Förderung intelligenter, schneller und umweltschonender Produktionslösungen. In den kommenden Jahren sollen diese Investitionen 100 Millionen Euro pro Jahr betragen. Die direkten Investitionen in die Förderung angewandter Forschung und Technologieentwicklung betragen derzeit rund 500 Millionen Euro jährlich. Dieses Niveau werden wir weiter steigern, denn diese Investitionen führen zu einem Wettbewerbsvorteil für Österreich und zu mehr hochwertigen Arbeitsplätzen.

Projekt 5: Österreichische Spitzentechnologien in die Welt tragen

Es gibt in Österreich rund 400 Unternehmen, die technologisch an der Europa- oder Weltspitze stehen und daher für die Wertschöpfung und die Exportquote der österreichischen Wirtschaft enorm wichtig sind. Die größte Mehrheit dieser Unternehmen hat sowohl ihren Forschungs- als auch Produktionsstandort und somit die Basis für nachhaltige Arbeitsplätze in Österreich. Dies gilt etwa für den rasch wachsenden Bereich gehobener technischer Dienstleistungen, für Biotechnologie und spezialisierte Konsumgüterbereiche. Besondere Stärken liegen in den Bereichen der Infrastrukturtechnologien (Bahn, Straße, Energie, Gesundheit, Telekommunikation, Informationstechnologien), für die der österreichische Markt allein zu klein ist. Wir werden daher die österreichischen Unternehmen bei ihren Technologieexporten durch zielgerichtete Maßnahmen, wie zwischenstaatliche Abkommen und Exportförderung, unterstützen und ihnen somit die Türen zu Zukunftsmärkten öffnen, die besonderen Bedarf an Modernisierung ihrer Infrastrukturen haben.

Projekt 6: Mehr qualitativ hochwertige Arbeitsplätze in Forschung und Innovation schaffen

Innovationen entstehen in den Köpfen der ArbeitnehmerInnen. Deshalb ist es wichtig, junge Menschen für Forschung und Innovation zu begeistern, denn dort entstehen jene Arbeitsplätze der Zukunft, die hohe Zufriedenheit und gutes Einkommen bieten. Wir werden junge ÖsterreicherInnen aktiv dabei unterstützen, zukunftsträchtige Berufe zu ergreifen und insbesondere junge Frauen zu einem Einstieg in Forschung, Technologie und Innovation motivieren. Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass jungen Menschen jährlich ausreichend Ausbildungsplätze in technischen Zukunftsberufen zur Verfügung stehen und dass sie über gut bezahlte Praktika Jobs in Forschung und Innovation kennenlernen können.

Projekt 7: Aktive Industriepolitik – Neuorientierung der ÖIAG

Die SPÖ bekennt sich zu strategischem Eigentum der öffentlichen Hand und steht für Privatisierungen nicht zur Verfügung. Als Voraussetzung für innovative Industriepolitik ist eine dauerhafte Klärung der Eigentumsfrage erforderlich. Durch eine grundlegende Neuorientierung der ÖIAG sollen die bestehenden strategischen Unternehmensbeteiligungen langfristig gehalten und in Wachstumsphasen auch bei Kapitalerhöhungen mitgezogen werden. Als eine der Folgen der Wirtschaftskrise hat die österreichische Wirtschaft Insolvenzen von Unternehmen aller Größenordnungen zu verkraften, bis hin zu Großinsolvenzen wie die der Alpine. Deshalb soll eine öffentliche Auffanggesellschaft für sanierungsfähige Insolvenzfälle gegründet werden, um regionale Leitbetriebe in Einzelfällen durch Finanzierung und Umsetzung eines Sanierungsprogrammes zu retten.

Projekt 8: Zusätzliche Finanzierungsformen für Unternehmen

In Österreich finanzieren sich Unternehmen traditionell vor allem durch Bankkredite, die allerdings in der derzeitigen wirtschaftlichen Situation oft nicht im notwendigen Ausmaß für betriebliche Investitionen vor allem von Klein- und Mittelbetrieben zur Verfügung gestellt werden. Alternative Finanzierungsformen sind derzeit in Österreich nicht ausreichend vorhanden. Durch die Verbreiterung der Finanzierungsbasis soll die Wirtschaft mit dem benötigten Kapital versorgt werden. Nach bereits erfolgten ersten Schritten im Nationalrat in Richtung „Crowdfunding“ wollen wir unbürokratische BürgerInnenbeteiligung bei Unternehmen mit umfangreichem Schutz für die AnlegerInnen und die KreditnehmerInnen kombinieren. Unternehmensfinanzierung braucht nämlich klare Regeln, wie auch einige Anlegerbetrugsskandale der Vergangenheit zeigen. Durch ein neues Regelwerk sollen die Banken wieder zu ihrer Kernfunktion als Finanzierungsinstrument für die Realwirtschaft hingeführt werden. Unternehmensgründungen sollen durch Beratung, Übernahme von Haftungen und Ausfallversicherungen gefördert werden.

Projekt 9: Ein-Personen-Unternehmen absichern

Die Gruppe der Neuen Selbständigen, FreiberuflerInnen sowie KleinstunternehmerInnen umfasst in Summe schon 370.000 Menschen, die eine starke Interessensvertretung benötigen. Die Dynamik dieser Unternehmen ist ein unverzichtbarer Teil einer vernetzten und innovativen Wirtschaft. Für sie muss die soziale Absicherung verbessert werden. Wir wollen den 20-prozentigen Selbstbehalt bei Arztbesuchen für Selbständige abschaffen. Das neu eingeführte Krankengeld soll bereits zu einem früheren Zeitpunkt ausbezahlt werden, um finanzielle Engpässe bei den Betroffenen zu vermeiden. Die Angst vor dem Scheitern ist der größte Hemmschuh für Unternehmensgründungen. Um Unternehmensgründungen zu fördern, braucht es Sicherheit für GründerInnen. Eine grundlegende Reform des

Privatkonkurses, mit dem Ziel einer Entschuldung nach sechs Jahren, soll einen sicheren Start für GründerInnen schaffen.

Projekt 10: Kreativwirtschaft stärken

Kultur- und Kreativwirtschaft stehen im Zentrum einer wissensbasierten Gesellschaft und ihre Entwicklung ist sowohl für das kulturelle Leben, den sozialen Zusammenhalt, als auch für den Wirtschaftsstandort Österreich von großer Bedeutung. Wir wollen die Kultur- und Kreativwirtschaft in den nächsten Jahren nachhaltig stärken. Dafür soll von kurzfristigen Projektförderungen in der Kreativwirtschaft zugunsten gezielter struktureller Unterstützung abgegangen werden, um den Zugang zu räumlicher Infrastruktur und Produktionsmitteln (Kreativquartiere), zu Finanzierung und zu sozialer Absicherung zu erleichtern.

Bildung und Qualifikation als Schlüssel für Wirtschaftswachstum und Wohlstand

Bildung bestimmt die Zukunft jedes/jeder Einzelnen und damit der Gesellschaft insgesamt. Jedes Kind muss in Österreich die Chance auf beste Bildung und Ausbildung haben und zwar unabhängig von Einkommen, Herkunft und Bildung der Eltern. Die Qualität unseres Bildungssystems ist ein entscheidender Faktor für künftigen wirtschaftlichen Wohlstand und die internationale Konkurrenzfähigkeit unseres Landes, aber auch für die Demokratie und den sozialen Zusammenhalt in unserem Land. Wir setzen uns für ein leistungsfähiges, sozial gerechtes und öffentlich finanziertes Bildungssystem ein, in dem Talente und Begabungen optimal gefördert werden und kein Potential verloren geht. Bildung soll auf die Zukunft vorbereiten und daher die Fähigkeit vermitteln, mit dem Wandel und der Komplexität unserer Zeit umzugehen.

Projekt 11: Wissen als Wachstumsinvestition begreifen

Um unseren Kindern die bestmögliche Bildung und Ausbildung zu ermöglichen, werden wir verstärkt in den Bildungsbereich investieren. Engagierte und bestens ausgebildete LehrerInnen – ausgestattet mit einem leistungsorientierten Dienst- und Besoldungsrecht – als wichtige Bezugspersonen für Kinder und Jugendliche sind für ein erfolgreiches Bildungssystem die Voraussetzung. Die beschlossene Reform der PädagogInnenbildung muss daher zügig umgesetzt werden. Auf Weiterbildungsmöglichkeiten für LehrerInnen legen wir besonderes Augenmerk. Die Berufsberatung an Schulen soll verstärkt werden. Für eine qualitativ hochwertige Universitätsausbildung und eine Erhöhung der AkademikerInnen-Quote ist es notwendig, die Betreuungsverhältnisse an den Universitäten sowie die Ausstattung mit Lehr- und Forschungsinfrastrukturen wesentlich zu verbessern. Wir treten dafür ein, dass durch eine hervorragende Forschungsinfrastruktur sowohl die Ausbildung an den Universitäten verbessert als auch Österreich als Forschungsstandort gestärkt wird. Dafür ist für alle Universitäten eine Bestandsaufnahme und ein Umsetzungs- und Investitionsplan zu erstellen. Die Investitionen tragen auch dazu bei, dass in Österreich ausgebildete ForscherInnen ihre spätere berufliche Tätigkeit und die damit verbundene Wertschöpfung in Österreich erbringen. Wir treten für die vermehrte Anstellung von NachwuchsforscherInnen und NachwuchsuniversitätslehrerInnen (Postdocs) an öffentlichen Universitäten und eine dienstrechtliche Absicherung sowie ein attraktives Entlohnungsschema für diese Berufsgruppe ein.

Projekt 12: Ausbildung bis 18 – gut ins Berufsleben starten

Seit 2008 bekommen alle Jugendlichen, die eine Ausbildung wollen, auch eine Lehrstelle angeboten – dafür hat die SPÖ mit der „Ausbildungsgarantie“ gesorgt. Österreichweit werden Jugendliche in 20 Produktionsschulen beim Übergang zwischen Schule und Berufsleben unterstützt. Dennoch finden jährlich 16.000 Jugendliche ohne Ausbildung keinen Einstieg in die Arbeitswelt. Sehr erfolgreich ist in diesem Zusammenhang das „Jugendcoaching“, das seit Beginn des Jahres Jugendliche bereits im letzten Pflichtschuljahr begleitet. Ziel ist, dass alle Jugendlichen unter 18 Jahren nach der Pflichtschule eine Ausbildung oder eine weiterführende Bildungseinrichtung besuchen müssen. Wir wollen die Jugendlichen durch individuelle Förderung, Betreuung und ihren Bedürfnissen entsprechenden Bildungsangebote auf ihrem Weg unterstützen.

Projekt 13: Österreichweite, branchenbezogene Lehrlingsfonds schaffen

Österreich hat in Sachen Jugendbeschäftigung – unter anderem durch die Ausbildungsgarantie und die duale Ausbildung – europaweit Vorbildwirkung. Um zu garantieren, dass Fachkräfte auch in Zukunft top qualifiziert sind und Österreich so bei der Wettbewerbsfähigkeit die Nase vorne hat, werden wir österreichweite Ausbildungsfonds für Lehrlinge etablieren, bei denen die Betriebe der jeweiligen Branche in einen Lehrlingsausbildungsfonds einzahlen. Betriebe erhalten für Lehrlinge, die Leistungswettbewerbe positiv abschließen, eine Prämie. Das heißt: Alle Betriebe zahlen ein, Geld-Rückflüsse gibt es an jene, die Lehrlinge ausbilden und deren Lehrlinge gute Leistungen zeigen. Von der Qualität der Ausbildung profitiert dann die ganze Wirtschaft.

Projekt 14: Mehr Bildungschancen – Erhöhung der Durchlässigkeit im Aus- und Weiterbildungssystem

Durch die 2012 gemeinsam von Bund und Ländern gestartete „Initiative Erwachsenenbildung“ ist ein gebührenfreier Zugang zum Nachholen von Basisbildung und zum Wiedereinstieg in das Bildungssystem erreicht worden. Vor allem für einkommensschwache Personen ist damit eine wesentliche Hürde beim Nachholen von grundlegenden Bildungsabschlüssen beseitigt worden. Dieses erfolgreiche Förderprogramm wollen wir fortsetzen und nachhaltig absichern. Ein Programm zur gebührenfreien Vorbereitung auf das Nachholen der Lehrabschlussprüfung ist zu gewährleisten. Im Sinne eines durchlässigen Bildungssystems muss die „Lehre mit Matura“ noch intensiver gefördert werden. Die Möglichkeit, begleitend zur dualen Ausbildung die Berufsreifeprüfung zu absolvieren, schafft Entwicklungschancen für junge Menschen und sichert gleichzeitig den Unternehmen hervorragend ausgebildete Fachkräfte. Der Zugang zur „Lehre mit Matura“ soll bundesweit einheitlich gestaltet, ein gesetzlicher Anspruch der Lehrlinge auf Freistellung für die Prüfungsvorbereitung unter Fortzahlung des Entgelts umgesetzt werden. Um den Zugang zum universitären Bereich chancengerecht zu fördern, soll die Studienberechtigungsprüfung weiterentwickelt werden. Zur Deckung des steigenden Bedarfs an praxisbezogenen beruflichen Ausbildungen nach der AHS-Matura soll die gesetzliche Basis für akkreditierte postsekundäre Lehrgänge an Erwachsenenbildungsinstituten geschaffen werden.

Projekt 15: Die Angebote der Erwachsenenbildung forcieren

Die Arbeitswelt ist in dramatischen Umbrüchen begriffen. Unser vorrangiges Ziel ist es, jede Einzelne, jeden Einzelnen bestmöglich dabei zu unterstützen, sich in dieser neuen Arbeitswelt zu behaupten, sich in jeder Lebensphase weiterzubilden und neue Qualifikationen zu erwerben. Im Sinne der Chancengerechtigkeit soll für alle ArbeitnehmerInnen ein Rechtsanspruch auf Weiterbildung im Ausmaß von mindestens einer Woche

Normalarbeitszeit pro Jahr unter Fortzahlung des Entgelts verankert werden. Ausgebaut werden sollen zukunftsorientierte Qualifizierungsprogramme, z.B. in den Bereichen Gesundheit, Pflege, Soziales oder in Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft und Technik. Zur Unterstützung der Lernenden sind innovative Lernzeitmodelle inklusive bedarfsgerechter Betreuungsangebote (Kinder, Angehörige) notwendig. Berufsbegleitende Studienplätze und Teilzeitstudienplätze an den Fachhochschulen sollen ausgebaut, berufsbegleitende Masterstudien an jeder öffentlichen Universität implementiert werden. Die Qualitätssicherung im Bereich der Weiterbildung muss im Sinne des KonsumentInnenschutzes verstärkt werden. Für die Vergabe staatlicher Zertifikate und Diplome für ErwachsenenbildnerInnen durch das Bundesinstitut für Erwachsenenbildung soll eine gesetzliche Basis geschaffen werden. Um den steigenden Bedarf an Angeboten im Sinne des lebensbegleitenden Lernens abdecken zu können, werden wir eine Qualifizierungsoffensive für Lehrende in der Erwachsenenbildung ermöglichen. Und zur Orientierung in der unübersichtlicher werdenden Weiterbildungslandschaft sollen die Bildungsberatungsnetzwerke flächendeckend ausgebaut und innovative Beratungsmodelle – vor allem für nicht-bildungsaktive ArbeitnehmerInnen – umgesetzt werden.

Europaweit in Wachstum und Beschäftigung investieren

Für eine dauerhafte Überwindung der Finanz- und Wirtschaftskrise, deren Folgen Europa teilweise hart getroffen haben, sind Wachstum und Beschäftigung die Grundlagen. Eine europäische Wirtschaftspolitik, die versucht, die Kosten der von der Finanzwirtschaft verursachten Krise auf die Schultern von ArbeitnehmerInnen, SteuerzahlerInnen und öffentlichen Diensten abzuwälzen, ist nicht akzeptabel. Wir wollen vor allem jungen Menschen eine neue Perspektive geben. Künftig muss die Wirtschaftspolitik der EU auf zwei soliden Säulen stehen: auf Investitionen in Wachstum und Beschäftigung sowie auf einer verlässlichen, sozial ausgewogenen und disziplinierten Haushaltspolitik.

Projekt 16: Gezielte Investitionen in Zukunftsbereiche tätigen

Neues Wachstum und neue Arbeitsplätze entstehen durch gezielte Investitionen in Zukunftsbereiche wie Bildung, Forschung, Infrastruktur und Kreativwirtschaft. Wir wollen, dass auch auf europäischer Ebene bewusst Anreize für solche Investitionen geschaffen und verbindliche Ziele für öffentliche Investitionen zur Förderung von Wachstum und Beschäftigung vereinbart werden. Auch die EU selbst soll mit ihrem Budget dazu beitragen. Damit werden Arbeitsplätze und Kaufkraft gesichert und so die Grundlage für einen nachhaltigen Schuldenabbau in allen Mitgliedstaaten geschaffen. Gleichzeitig wollen wir uns für eine Reform des Stabilitäts- und Wachstumspakts in diesem Sinne einsetzen.

Projekt 17: Handlungsfähigkeit der EU stärken

Die SPÖ ist aus Überzeugung und aus volkswirtschaftlicher Vernunft für die Mitgliedschaft Österreichs in der Europäischen Union. Diese stellt eine Basis für unseren wirtschaftlichen Erfolg und Wohlstand dar. Von der exportorientierten Wirtschaft hängt jeder dritte österreichische Arbeitsplatz direkt oder indirekt ab. Österreich hat daher grundlegendes Interesse an der Europäischen Integration und leistet aus diesem Grund auch seinen Beitrag zur gemeinsamen Bewältigung der Krise. Eine geeinte und starke Europäische Union ist notwendig, um den wirtschaftlichen und politischen Herausforderungen gemeinsam begegnen zu können. Wir unterstützen daher Reformen, die die Handlungsfähigkeit der EU weiter stärken. Der Grundsatz, dass die EU nur das regeln soll, was auf dieser Ebene sinnvoll ist, soll auch in Zukunft gelten. Alles andere soll in der Verantwortung der jeweiligen

Mitgliedstaaten bleiben: Zum Beispiel die Organisation der öffentlichen Daseinsvorsorge vor Ort, wie etwa die Wasserversorgung.

Projekt 18: Europa sozialer machen

Österreich hat die geringste Arbeitslosigkeit aller EU-Staaten. Eine soziale Krise in Europa wirkt sich dennoch auch auf uns aus. Um es nicht so weit kommen zu lassen, wollen wir europaweit die sozialen Standards erhöhen und vor allem Jugendlichen einen Job und eine Perspektive geben. Dafür wollen wir die Einführung von europaweiten Mindeststandards und die Bekämpfung von Lohn- und Sozialdumping als europäische Aufgabe vorantreiben und befürworten die EU-weite Festlegung nationaler Mindestlöhne mit allgemeiner Gültigkeit unter Wahrung der Autonomie der Sozialpartner in den einzelnen EU-Ländern. Wir wollen mit der Jugendgarantie dafür sorgen, dass jeder Jugendliche binnen vier Monaten Beschäftigung oder eine Ausbildungsstelle erhält. Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit muss in Europa genauso wichtig werden wie der Abbau der Staatsschulden.

Gerechtigkeit

Gerechtigkeit ist von zentraler Bedeutung für das Zusammenleben in einer Gemeinschaft. Fehlt es an Gerechtigkeit und haben Menschen den Eindruck, es wird mit zweierlei Maß gemessen, bröckelt der gesellschaftliche Zusammenhalt. Gerechtigkeit und wirtschaftliche Leistungsfähigkeit sind keine Gegensätze, sondern sind miteinander verbunden.

Faire Einkommen, faire Arbeit

Zu geringe Einkommen und immer mehr Arbeit – für viele ArbeitnehmerInnen ist das eine traurige Realität. Diese Entwicklung muss gestoppt werden – durch die Unterstützung der Gewerkschaft und neue gesetzliche Regelungen. Wir stehen für einen entschlossenen Kampf gegen Lohn- und Sozialdumping und für mehr Fairness in der Arbeitswelt.

Projekt 19: Arbeit und gerechte Löhne für alle

Oberstes Ziel ist es, Arbeitsplätze zu schaffen und zu erhalten, um eine möglichst hohe Beschäftigung zu erreichen. Die Arbeitsmarktpolitik muss die Menschen dabei unterstützen, mit den geänderten Rahmenbedingungen am Arbeitsmarkt zurechtzukommen und Arbeitsplätze zu vermitteln, von denen Menschen gut leben können. Arbeitslosigkeit muss bekämpft werden. Daher müssen die Dienstleistungen des Arbeitsmarktservice für Personengruppen, die von Arbeitslosigkeit besonders betroffen sind – wie Ältere, gesundheitlich Beeinträchtigte, Menschen mit nicht ausreichender oder passender Qualifikation und BerufswiedereinsteigerInnen – weiter ausgebaut werden. Die Leistungen der Arbeitslosenversicherung stellen für arbeitslose Menschen eine wichtige Existenzgrundlage dar und müssen daher immer wieder neu angepasst werden. Bei einer allfälligen Verkürzung der Normalarbeitszeit müssen Kaufkraft und damit der Lebensstandard der ArbeitnehmerInnen gesichert bleiben. In vielen Unternehmen bestehen große Einkommensunterschiede: Während manche Leitungspositionen sehr gut bezahlt werden, verdienen einzelne MitarbeiterInnen oft viel zu wenig. Wir setzen uns deshalb für mehr Lohntransparenz in Konzernen, Unternehmen und Betrieben ein. Die SPÖ unterstützt die Gewerkschaften bei der Einführung des kollektivvertraglichen Mindestlohns von 1.500 Euro brutto im Monat. Darüber hinaus sollen bei staatsnahen Unternehmen, Betrieben und Institutionen durch Einkommensobergrenzen für Vorstände und Geschäftsführung vertretbare Einkommensrelationen zu den ArbeitnehmerInnen geschaffen werden. Managerbezüge ab 500.000 Euro sollen nicht mehr als Betriebsausgabe abgesetzt werden können. Managerboni müssen an den nachhaltigen und langfristigen Unternehmenserfolg gekoppelt werden.

Projekt 20: Prekäre Beschäftigung bekämpfen – faire Arbeitsverhältnisse schaffen

Trotz eines ausgebauten Sozialstaates und eines umfassenden Arbeitsrechts gibt es immer noch Konstruktionen, um Menschen, die eine Beschäftigung brauchen, in prekäre Beschäftigungsverhältnisse zu drängen. Beschäftigung in Scheinwerkverträgen oder unbezahlten Praktika gehört – vor allem auch bei BerufseinsteigerInnen – zur verbreiteten

Realität. Diesen Praktiken muss Einhalt geboten werden. Auf Druck der SPÖ wurde die Anmeldung bei der Sozialversicherung vor Arbeitsbeginn und das Lohn- und Sozialdumpingbekämpfungsgesetz beschlossen. Hierzu müssen die gesetzlichen Grundlagen weiterentwickelt und die Kontrollen verstärkt werden. Wir fordern darüber hinaus, den Rechtsschutz im Arbeitsrecht deutlich zu verbessern. Das Klagsrisiko muss den ArbeitnehmerInnen etwa durch Schaffung der Möglichkeit von Verbandsklagen für die gesetzlichen und freiwilligen ArbeitnehmerInnen-Interessensvertretungen abgenommen werden. ArbeitnehmerInnen müssen ihre Rechte ohne Gefahr des Arbeitsplatzverlustes durchsetzen können.

Projekt 21: All-In-Verträge und KonkurrenzklauseIn einschränken

Viele Arbeitsverträge bringen ArbeitnehmerInnen große Nachteile. Immer häufiger werden sogenannte „All-In-Verträge“ abgeschlossen, ständige Erreichbarkeit wird pauschal abgegolten. KonkurrenzklauseIn verhindern sogar noch nach Ende des Arbeitsverhältnisses den reibungslosen Wechsel in ein neues Unternehmen. Die Rechte der ArbeitnehmerInnen werden schleichend ausgehöhlt. Wir fordern deshalb eine gesetzliche Einschränkung von All-In-Verträgen, KonkurrenzklauseIn und Begrenzungen bei der Rückforderung von Ausbildungskosten. VertragsklauseIn, die ArbeitnehmerInnen zu ständiger Erreichbarkeit verpflichten, müssen ebenfalls begrenzt werden.

Projekt 22: Gemeinsames Arbeitsrecht für alle

Das österreichische Arbeitsrecht unterscheidet in der Privatwirtschaft nach wie vor zwischen ArbeiterInnen und Angestellten – eine Unterteilung, die in vielen Bereichen nicht nachvollziehbar ist. Ein gemeinsames und modernes Arbeitsrecht bleibt daher unser Ziel. Auch freie DienstnehmerInnen müssen in andere arbeitsrechtliche Schutzbereiche wie Mutterschutz, Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall und Arbeitszeit-Höchstgrenzen einbezogen werden. ArbeitnehmerInnen, freie DienstnehmerInnen und Ein-Personen-Unternehmen sollen im Krankheitsfall durch einen neuen Entgeltfortzahlungsfonds abgesichert sein.

Projekt 23: Frauen und Männer: Gleicher Lohn für gleiche Arbeit

Frauen sind heute so gut ausgebildet wie nie zuvor. Dennoch verdienen Frauen deutlich weniger als Männer und haben weniger Aufstiegschancen. Gleicher Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit ist daher ein zentrales Thema der SPÖ. Frauenförderung auf allen Ebenen von Konzernen, Unternehmen, Betrieben und Institutionen soll die Chancen von Frauen erhöhen. Faire Aufstiegschancen für Frauen garantieren Quotenregelungen in Vorständen und Aufsichtsräten auch in der Privatwirtschaft. Wichtig ist eine Koppelung staatlicher beziehungsweise kommunaler Aufträge und Wirtschaftsförderung an verpflichtende Frauenförderpläne.

Projekt 24: „Genesungsteilzeit“ – für eine gesunde Rückkehr in den Arbeitsalltag

Wer nach einer schweren Krankheit oder einem langen Rehabilitations-Aufenthalt zurück an den Arbeitsplatz kommt, merkt schnell: der Wiedereinstieg in einen Vollzeitjob geht nicht von heute auf morgen. Überlastung ist oft die Folge, der nächste Krankenstand ist damit vorprogrammiert. Wir fordern daher eine „Genesungsteilzeit“: Auf ärztliche Anordnung sollen sich ArbeitnehmerInnen nach einer langen Krankheit für eine Dauer von maximal sechs Monaten durch flexible Beschäftigungsmodelle langsam wieder der vollen Berufstätigkeit annähern können.



Projekt 25: Die Balance zwischen Arbeit und Freizeit verbessern

Österreichs ArbeitnehmerInnen leisten jährlich 300 Millionen Überstunden – für echte Auszeiten und Erholung bleibt da oft keine Zeit. Die Folge: Überlastung und Krankenstände. Als letzter Ausweg bleibt oft nur die Frühpension. Während viele ArbeitnehmerInnen immer mehr Arbeit leisten müssen, suchen andere oft jahrelang einen Job – ein Ungleichgewicht, unter dem die gesamte Gesellschaft leidet. Die Betriebe sollen daher verpflichtet werden, regelmäßig unter Mitwirkung der BetriebsrätInnen ihre Arbeitszeitsituation zu evaluieren. Weiters fordern wir eine „Überstundenabgabe“: Unternehmen, die ihren MitarbeiterInnen unverhältnismäßig viele Überstunden abverlangen, sollen dafür zahlen. Diese Abgabe soll für die Schaffung von Arbeitsplätzen eingesetzt werden. Wichtig für den Arbeitsmarkt, für die Regeneration von älteren ArbeitnehmerInnen, für mehr Freizeitqualität und für mehr Gerechtigkeit zwischen Frauen und Männern im Arbeitsrecht ist die sechste Urlaubswoche. Die sechste Urlaubswoche ist bereits gesetzlich verankert, aber nur für ArbeitnehmerInnen, die 25 Jahre im selben Unternehmen tätig waren. Der heutige Arbeitsmarkt ist allerdings wesentlich mobiler geworden und daher wollen wir die sechste Urlaubswoche generell nach 25 Dienstjahren – egal wie oft man den Arbeitgeber gewechselt hat.

Für eine gerechte Steuerpolitik

Die SPÖ hat eine Trendwende in der Steuerpolitik eingeleitet und durch eine Senkung der Einkommens- und Lohnsteuer sowie zusätzliche vermögensbezogene Steuern mehr Steuergerechtigkeit erreicht. Dieser Weg der Entlastung des Faktors Arbeit, um zusätzlich Wachstum und Beschäftigung zu erreichen, soll fortgesetzt werden.

Projekt 26: Steuern auf Arbeitseinkommen durch Millionärssteuer senken

Um die Steuern auf Arbeitseinkommen weiter reduzieren zu können, wollen wir eine Millionärssteuer (Vermögens-, Erbschafts- und Schenkungssteuer) für die Reichsten in Österreich einführen, denn auch sie sollen einen Beitrag für den Wohlfahrtsstaat leisten. Bei einem Freibetrag von einer Million Euro ist ungefähr ein Prozent der Menschen betroffen. Im Gegenzug soll im Rahmen einer Steuerreform für alle SteuerzahlerInnen der Einstiegssteuersatz gesenkt und eine Negativsteuer beim Pensionistenabsetzbetrag eingeführt werden.

Projekt 27: Unternehmensgewinne gleich besteuern

Bei den Unternehmen führen diverse Begünstigungen, Steuerregelungen und Steuersätze zu ungleichmäßiger Besteuerung. Daher soll in diesem Bereich eine Vereinheitlichung angestrebt werden. Die Gruppenbesteuerung soll reformiert und Steuerbegünstigungen gestrichen werden.

Projekt 28: Familienbeihilfe für alle erhöhen statt Besserverdienende steuerlich begünstigen

Die steuerrechtlichen Regelungen zur Familienförderung sind zu kompliziert und nützen vor allem Menschen mit höheren Einkommen. Statt Freibeträgen und steuerlicher Absetzposten kommen eine generelle Erhöhung der Familienbeihilfe und mehr Kinderbetreuungsplätze allen Familien zugute. Bei der Finanzierung des Familienlastenausgleichsfonds können durch

eine Verbreiterung der Bemessungsgrundlage arbeitsintensive Betriebe steuerlich entlastet werden. Gleichzeitig würde der Faktor Arbeit steuerlich entlastet.

Finanzmärkte europaweit regulieren

Mit dem Platzen der Immobilienblase in den USA und der darauf folgenden größten Finanzkrise seit Jahrzehnten offenbarte sich die zerstörerische Wirkung der deregulierten Finanzmärkte. Die EU und manche ihrer Mitgliedstaaten haben in den vergangenen Jahren erste Maßnahmen zur Regulierung der Finanzmärkte gesetzt.

Projekt 29: Kampf gegen Steuerbetrug und Steuerhinterziehung

Wir bekämpfen Steuerbetrug und Steuerhinterziehung, denn es ist gerecht, wenn alle ihren steuerlichen Beitrag zur Finanzierung des Staatshaushaltes leisten, jedenfalls auch die Millionäre und die Superreichen. Diese dürfen sich nicht durch Konstruktionen über Staaten mit intransparenter Steuergesetzgebung ihrer Verantwortung für die Gesellschaft entziehen. Dafür muss die Kooperation und der Informationsaustausch zwischen den Staaten verbessert werden, Steuersümpfe sollen durch internationale Zusammenarbeit trockengelegt, rechtliche Konstruktionen, die der Verschleierung und Hinterziehung dienen, müssen verboten werden. Wir wollen keinen europäischen Wettlauf zu immer niedrigeren Unternehmenssteuern und werden Maßnahmen gegen die Verschiebung der Gewinne in Länder mit sehr niedrigen Steuersätzen setzen.

Projekt 30: Finanzmärkte konsequent regulieren

Die Finanztransaktionssteuer sorgt dafür, dass jene einen finanziellen Beitrag zur Bewältigung der Krise leisten, die sie verursacht haben. Wir wollen, dass die Finanztransaktionssteuer weiter ausgebaut wird und aktiv für die Beteiligung weiterer Länder werben. Auf europäischer Ebene wurde eine neue Aufsichtsarchitektur geschaffen, die gemeinsame Standards für den Finanzsektor setzt. Die gemeinsame europäische Bankenaufsicht wird gerade aufgebaut. Ein europäischer Rahmen für die Sanierung und Abwicklung von Banken ist für uns der nächste große Schritt, um in Zukunft zu verhindern, dass Bankenpleiten von der öffentlichen Hand aufgefangen werden müssen. Durch eine Verlängerung des Sonderbeitrags zur Bankenabgabe soll der österreichische Bankensektor und nicht die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler die Kosten der Finanzkrise mitzahlen. Wir wollen mit einer europaweiten Bankenabgabe dafür sorgen, dass Banken in Zukunft nicht mehr mit Steuergeld gerettet werden müssen. Zudem wollen wir, dass nur mehr Finanzprodukte gehandelt werden dürfen, die eine Zulassung erhalten. Spekulation mit Nahrungsmitteln soll verboten werden. Darüber hinaus wollen wir, dass auch Ratingagenturen, die wesentlich an der Verschärfung der Finanzkrise beteiligt waren, stärker reguliert werden. Sie sollen ihre Entscheidungsgrundlagen und ihre Analysen transparent machen. Für vorsätzliche und grob fahrlässige Handlungen bei der Erstellung von Ratings müssen sie zur Verantwortung gezogen werden können.

Volles Vertrauen in die Justiz wieder herstellen

Durch Vorkommnisse in der Jugendgerichtsbarkeit hat das Vertrauen in die österreichische Justiz einmal mehr gelitten. Ein funktionierendes Justizsystem ist ein Grundpfeiler einer funktionierenden Demokratie. Zielsetzung der SPÖ ist es daher, das volle Vertrauen in das österreichische Justizsystem wieder herzustellen.

Projekt 31: Wiedererrichtung des Jugendgerichtshofes

Für jugendliche StraftäterInnen ab 14 Jahren sollen österreichweit Jugendkompetenzzentren eingerichtet werden. In Wien soll es zur Wiedererrichtung eines Jugendgerichtshofes kommen. Die Menschenwürde besonders auch von Jugendlichen in Haft muss gewährleistet sein.

Projekt 32: Stellung von Opfern verbessern

Wir werden die Stellung von Verbrechenopfern durch Erweiterung des Kreises der Anspruchsberechtigten und die Höhe der Entschädigungsleistung verbessern. Weiters soll durch die Möglichkeit eines staatlichen Vorschusses für Verbrechenopfer sichergestellt werden, dass diesen unverzüglich notwendige und zustehende finanzielle Mittel zur Verfügung stehen. Im Strafprozess wollen wir die Opferrechte maßvoll erweitern. Besonders wichtig dabei sind uns die Sicherstellung und der Ausbau der Prozessbegleitung. Auch wer zu Unrecht ein langes Strafverfahren über sich ergehen lassen musste, ist ein Opfer. Deshalb wollen wir den vollen Ersatz der Verteidigungskosten bei einem Freispruch bzw. einer Verfahrenseinstellung.

Projekt 33: Unabhängiger Bundesstaatsanwalt – Stärkung der Korruptionsstaatsanwaltschaft

Wir werden die Weisungsspitze gegenüber den staatsanwaltschaftlichen Behörden vom Bundesminister für Justiz auf einen unabhängigen, vom Parlament mit Zweidrittelmehrheit gewählten Bundesstaatsanwalt übertragen, um auch nur den Anschein einer Parteilichkeit der staatsanwaltschaftlichen Behörden zu beseitigen. Diese neue oberste Behörde soll gegenüber dem Parlament die gleichen Pflichten haben wie derzeit die Bundesminister. Wir werden die Unabhängigkeit der sehr bewährten Korruptionsstaatsanwaltschaft stärken und deren personelle Ausstattung weiter verbessern. Es war richtig und notwendig, dass wir in der letzten Gesetzgebungsperiode ein strenges Korruptionsstrafrecht, ein neues Parteienfinanzierungsgesetz, verschärfte Unvereinbarkeits- und Transparenzbestimmungen, ein Lobbyinggesetz sowie ein Medientransparenzgesetz mit klaren Regelungen für die Vergabe von Regierungsinseraten geschaffen haben. Diese Gesetze werden wir nach einer mehrjährigen Beobachtungsphase evaluieren und weiterentwickeln.

Projekt 34: Kollektiven Rechtsschutz für KonsumentInnen einführen

Unternehmen, die jenseits der Grenze des Erlaubten agieren, setzen oft darauf, dass die Betroffenen den Weg vor Gericht scheuen. Daher muss ein Instrument geschaffen werden, das sicherstellt, dass Massenschäden mit vertretbaren wirtschaftlichen Mitteln abgehandelt werden können. Wir wollen im Interesse der vielen Betroffenen erreichen, dass bei gleichartigen Ansprüchen Gruppen-, Sammel- und Musterklagen möglich sind. Dies wäre nicht nur für die Geschädigten von großem Vorteil, sondern auch für die Justiz, weil dadurch personelle Ressourcen optimal eingesetzt werden können.

Ein modernes Familienrecht

Neben der traditionellen Familie haben sich in den letzten Jahren neue Formen des familiären Zusammenlebens entwickelt. Dieser Entwicklung muss auch im Familienrecht Rechnung getragen werden.

Projekt 35: Familienrecht weiter modernisieren

In den letzten Jahren wurde das Familienrecht modernisiert. Dennoch besteht noch Handlungsbedarf. In diesem Sinn wollen wir zu einer Gleichstellung von homosexuellen mit heterosexuellen Paaren im Familienrecht kommen. So soll beispielsweise künstliche Befruchtung auch für alleinstehende Frauen und lesbische Paare möglich sein und homosexuelle Paare sollen Kinder adoptieren dürfen. Im Eherecht soll nicht mehr festgelegt sein, dass es Zweck der Ehe sei, Kinder zu zeugen. Ebenso wollen wir die Vorgabe des gemeinsamen Wohnsitzes wie auch die Mitwirkung am Erwerb des Anderen streichen. Die rechtliche Position von langjährigen Lebensgefährten wollen wir zum Beispiel im Erbrecht deutlich verbessern.

Projekt 36: Unterhaltsansprüche für Kinder durchsetzen

Viele AlleinerzieherInnen haben Schwierigkeiten, Unterhaltsansprüche für ihre Kinder durchzusetzen. So besteht Anspruch auf Unterhaltsvorschuss nur dann, wenn die Aussicht besteht, dass der vom Staat vorgestreckte Unterhalt auch zurückgezahlt werden kann. Das bedeutet, dass sich lange Wartezeiten ergeben können, bis die finanzielle Leistungsfähigkeit der Unterhaltspflichtigen geklärt werden kann. Wir werden das Unterhaltsvorschussgesetz zu einem Unterhaltssicherungsgesetz weiterentwickeln. Im Unterhaltsrecht müssen bestehende Lücken geschlossen werden. Jedes Kind soll, unabhängig von der finanziellen Leistungsfähigkeit der Unterhaltspflichtigen, Anspruch auf Unterhalt bis zum Ende einer Berufsausbildung haben.

**Ein Beitrag zu globaler Gerechtigkeit –
Entwicklungszusammenarbeit**

Millionen Menschen haben nicht ausreichend zu essen, keinen Zugang zu sauberem Wasser und zu medizinischer Versorgung. Ziel unserer Entwicklungspolitik ist die Überwindung von Armut und Hunger in der Welt, der Schutz der globalen öffentlichen Güter und die Verwirklichung der Menschenrechte.

Projekt 37: Gerechtigkeit weltweit voranbringen

Wir stehen zu unseren internationalen Verpflichtungen und zum Ziel, 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens für die Entwicklungszusammenarbeit zur Verfügung zu stellen, um einen wirksamen Beitrag zu Gerechtigkeit, Sicherheit und Nachhaltigkeit auf unserer Welt zu leisten. Vor dem Hintergrund der Globalisierung setzen wir uns dafür ein, die Rechte von ArbeitnehmerInnen weltweit zu stärken. Beispielsweise treten wir dafür ein, dass Mindeststandards des ArbeitnehmerInnen-, Umwelt- und Gewerkschaftsschutzes auf globaler Ebene umgesetzt werden und diese Regelungen verbindlich in den Handelsabkommen der EU verankert werden. Weiters setzen wir uns für die Einrichtung eines internationalen Menschenrechtsgerichtshofs ein.

Sicherheit in unserer Gesellschaft

Sicherheit ist für uns ein umfassender Begriff, der weit über die Innere und Äußere Sicherheit hinausgeht. In Sicherheit leben bedeutet für uns, dass für das Leben der Menschen wesentliche Dinge in ausreichendem Maße und erschwinglich zur Verfügung stehen und sozialer Schutz gewährleistet ist.

Sicherung der Lebensqualität als öffentliche Aufgabe

Es ist für die Lebensqualität in unserem Land entscheidend, dass Dienstleistungen im öffentlichen Interesse zuverlässig, frei und für alle Menschen verfügbar sind. Dazu gehören neben der Wasserversorgung etwa auch Energie, gesundheitliche Versorgung sowie der öffentliche Verkehr. Als Querschnittsmaterie ist der Umweltschutz ebenfalls eine zentrale öffentliche Aufgabe zur Sicherung der Lebensqualität in Österreich.

Projekt 38: Keine Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen

Unter dem Begriff Daseinsvorsorge werden Leistungen für die Allgemeinheit wie Verkehrs- und Gesundheitswesen, Gas-, Wasser-, Elektrizitätsversorgung oder beispielsweise Müllabfuhr oder Abwasserbeseitigung zusammengefasst. Dienste der Daseinsvorsorge zu privatisieren, führt zu Einbußen bei der Qualität, eingeschränktem Zugang, steigenden Preisen, zu Sozial- und Lohndumping und zum Verlust von Arbeitsplätzen. Wir wollen daher auf europäischer Ebene sicherstellen, dass Rahmenbedingungen geschaffen werden, welche es öffentlichen Unternehmen im Bereich der Daseinsvorsorge ermöglichen, weiterhin ihre Dienstleistungen zu erbringen. In Österreich setzen wir uns dafür ein, dass das öffentliche Eigentum erhalten bleibt. Dabei erteilen wir dem generellen Wunsch nach weiteren Privatisierungen und Liberalisierungen eine klare Absage. Wir bekennen uns zu jenen Leitbetrieben, die sich teilweise oder zur Gänze in öffentlichem Besitz befinden. Wir werden alle Maßnahmen setzen, um unser Wasser vor Privatisierung zu schützen.

Projekt 39: Nachhaltige Energiepolitik fortsetzen – Kampf gegen Atomenergie

Der Kampf gegen die Ursachen des globalen Klimawandels und internationales Engagement gegen die Atomenergie sind die zentralen Herausforderungen nachhaltiger Umweltpolitik. Der eingeschlagene Weg einer nachhaltigen Energiepolitik – diese umfasst die effiziente Nutzung von Energie und Ressourcen und den möglichst raschen Umstieg auf erneuerbare Energien – muss in allen Bereichen konsequent umgesetzt werden. Die Bereitschaft von Bürgerinnen und Bürgern, von Städten und Gemeinden und der Wirtschaft, auch selbst entsprechende Maßnahmen zu setzen, soll nicht von bürokratischen Fördermodellen gebremst werden.

Projekt 40: Die Umwelt durch eine zukunftsorientierte Raumplanung schonen

Auch zukünftige Generationen brauchen naturnahe Erholungsräume, fruchtbare Böden, saubere Luft und gesundes Wasser. Deswegen müssen unsere Ökosysteme grundsätzlich Vorrang vor kurzfristigen wirtschaftlichen Interessen haben. Eine stärkere strategische

Raumentwicklung soll unsere Umwelt schonen. Zentrales Element einer zukunftsorientierten Raumplanung sollen Konzepte der kurzen Wege sein.

Projekt 41: Der öffentliche Verkehr als Rückgrat des Verkehrssystems

Wir stehen zum öffentlichen Verkehr als Rückgrat des Verkehrssystems, das sowohl den ÖsterreicherInnen als auch den österreichischen Betrieben zugute kommt. Da flächendeckender öffentlicher Verkehr nicht profitorientiert betrieben werden kann, sondern als Beitrag zur Grundversorgung zu sehen ist, besteht eine wichtige Aufgabe der öffentlichen Hand darin, ein Verkehrsangebot für alle sicherzustellen. Wir werden uns daher dafür einsetzen, die Verkehrsinfrastruktur weiter auszubauen und ein attraktives und leistbares Angebot im öffentlichen Personennah- und -regionalverkehr zu gewährleisten. Damit wollen wir sicherstellen, dass sich die ÖsterreicherInnen auch künftig die Fahrt von zu Hause zur Arbeitsstätte leisten können und niemand ausgeschlossen wird. Wir setzen uns zum Ziel, gemeinsam mit den Ländern ein österreichweites Grundangebot für die Versorgung mit öffentlichem Verkehr sicherzustellen. Die SPÖ bekennt sich zur Rolle des Bundes als Eigentümer der ÖBB sowie der Länder und Kommunen im Bereich der städtischen bzw. landeseigenen Verkehrsunternehmen, sowie zu einem integrierten Bahnunternehmen ÖBB, in dem sowohl die Infrastruktur als auch der Personen- und Güterverkehr unter einem Dach vereint sind. Aufgrund der negativen internationalen Erfahrungen im Bahnsektor mit Privatisierungen wird ein Verkauf der ÖBB abgelehnt.

Projekt 42: Verkehrssicherheit weiter verbessern

Wir haben das Ziel, das österreichische Verkehrssystem zu einem der sichersten in Europa zu machen und damit menschliches Leid zu vermeiden. Österreich ist hier gut unterwegs: Seit den 1970er-Jahren ist es gelungen, die Zahl der Verkehrstoten um über 80 Prozent zu reduzieren. Österreichs Straßen müssen aber noch sicherer werden. Wir setzen uns dafür ein, die Sicherheit schwächerer VerkehrsteilnehmerInnen wie insbesondere von Kindern weiter zu verbessern. Neben gesetzlichen Maßnahmen gilt es in diesem Bereich insbesondere durch bewusstseinsbildende Maßnahmen schwächere VerkehrsteilnehmerInnen verstärkt in den Fokus zu rücken. Auch eine sichere Infrastruktur trägt wesentlich dazu bei, Unfälle auf Österreichs Straßen zu verhindern. Straßen müssen so ausgestaltet sein, dass sie Fehlverhalten der VerkehrsteilnehmerInnen möglichst vermeiden. Wir setzen uns dafür ein, dass auch in Zukunft jeder zweite Euro, der in das Straßennetz investiert wird, in die Verbesserung der Verkehrssicherheit fließt.

Projekt 43: Umstieg auf öffentliche Verkehrsmittel erleichtern

Wir haben es uns zum Ziel gesetzt, den Umstieg auf öffentliche Verkehrsmittel zu erleichtern und werden deshalb ein Bündel an Maßnahmen setzen, um den öffentlichen Verkehr einfacher und attraktiver zu machen: beispielsweise durch einen neuen Taktfahrplan nach Schweizer Vorbild, durch eine verkehrsträgerübergreifende Verkehrsauskunft oder ein österreichweites elektronisches Ticketsystem. Darüber hinaus müssen Fahrten mit dem öffentlichen Verkehr bequemer und schneller werden: Deshalb sollen in den kommenden Jahren 100 neue und komfortable Züge eingesetzt werden. Besonders viel soll in bestehende Strecken investiert werden, damit die Streckenkapazitäten deutlich gesteigert werden können. Auch die Fahrzeiten müssen weiter verkürzt werden. So soll es zum Beispiel möglich sein, in 2 Stunden 15 Minuten von Salzburg nach Wien, oder in 1 Stunde 50 Minuten von Wien nach Graz zu reisen. Für mehr öffentlichen Verkehr müssen die Tarife vereinfacht werden.

Projekt 44: Top-Jugendticket für alle Jugendlichen in Ausbildung

Nachhaltige Verkehrspolitik beinhaltet neben der Förderung und Attraktivierung des öffentlichen Verkehrs auch eine innovative Mobilitätspolitik für junge Menschen. Daher setzen wir uns für die Einführung des TOP-Jugend-Tickets für alle Jugendlichen in Ausbildung in allen österreichischen Verkehrsverbänden ein.

Wohnen leistbar machen

Für die SPÖ ist Wohnen ein allgemeines Grundrecht. Daher muss zeitgemäßer Wohnraum für alle Menschen in unserem Land leistbar und sicher sein sowie in ausreichendem Ausmaß zur Verfügung stehen.

Projekt 45: In den sozialen und gemeinnützigen Wohnungsneubau investieren

Wir werden durch gezielte Investitionen in den sozialen und gemeinnützigen Wohnungsneubau das Wohnungsangebot erhöhen, dadurch den Wohnungsmarkt stabilisieren und Wohnen leistbar machen. Im Zuge einer Wohnbauoffensive sollen in der nächsten Legislaturperiode zusätzlich 25.000 bis 50.000 neue Wohnungen durch den geförderten Wohnbau errichtet werden. Dazu wollen wir für den sozialen und gemeinnützigen Wohnbau ausreichende und leistbare Grundstücke bereitstellen und eine Flächenwidmungskategorie "Sozialer Wohnbau" einführen. Wir wollen aus Gründen der Gerechtigkeit und der Gleichbehandlung keinen Ausverkauf von mit öffentlichen Steuergeldern finanzierten Wohnungen. Normvorschriften und Bauordnungen sollen auf ihre finanzielle Auswirkung und Notwendigkeit beim Wohnungsneubau geprüft werden.

Projekt 46: Zweckbindung der Wohnbauförderung sicherstellen

Die ArbeitnehmerInnen zahlen 0,5 Prozent ihres Bruttolohns als Wohnbauförderungsbeitrag (870 Mio. Euro jährlich). Es muss garantiert sein, dass dieses Geld auch dem Wohnbau zugeführt wird. Wir werden die Wohnbauförderung als wichtigstes Instrument zur Schaffung von ausreichendem und leistbarem Wohnraum ausreichend dotieren und gemeinsam mit den Rückflüssen aus Wohnbauförderungsdarlehen wieder ausschließlich und zweckgebunden für den Wohnbau einsetzen. Mit der Wiedereinführung der Zweckwidmung der Wohnbauförderung soll sichergestellt werden, dass Wohnungen gebaut werden, mit Wohnbaugeldern soll nicht spekuliert werden. Wohnbaufördermittel sollen auch in senioren- und generationengerechtes Wohnen investiert werden. Im Gemeindebau und im gesamten Sektor des gemeinnützigen Wohnbaus ist uns die soziale Durchmischung ein Anliegen. Es wird bei Einzug geprüft, ob die Kriterien erfüllt werden. Niemand muss ausziehen, wenn sich das Gehalt später erhöht. Das in Deutschland gescheiterte Konzept der einkommensabhängigen Mieten lehnen wir ab.

Projekt 47: MieterInnen durch ein transparentes Mietrecht entlasten

Wir wollen zur Gleichstellung und finanziellen Entlastung der MieterInnen ein einheitliches Mietrechtsgesetz für den privaten Wohnungsmarkt, transparente Zu- und Abschläge beim Richtwertmietzins und eine Deckelung der gesetzlich erlaubten Zuschläge mit 25 Prozent des Richtwertes. Maklergebühren sollen künftig vom Vermieter als Auftraggeber bezahlt werden. Zur rechtlichen und finanziellen Sicherheit der MieterInnen sollen die Befristungsmöglichkeiten eingeschränkt und unbefristete Mietverträge wieder zur Norm werden.

Projekt 48: Heizen für alle leistbar machen

Um zu verhindern, dass immer mehr Menschen durch steigende Energiekosten in die Schuldenfalle getrieben werden, wollen wir zwei Projekte umsetzen: Wir werden einen staatlichen Fonds auflegen, welcher es Menschen ohne entsprechende Eigenmittel ermöglicht, Energiesparmaßnahmen zu setzen. Der Fonds stellt die nötigen Mittel zur Verfügung. Aus den durchgeführten Energiesparmaßnahmen resultieren Einsparungen. Die dadurch freiwerdenden Mittel werden für Rückzahlungen verwendet. Damit soll es auch jenen ermöglicht werden, Maßnahmen zu setzen, welche nicht über genug Geld verfügen, um von den bisher üblichen Zuschussmodellen zu profitieren. Zweitens wollen wir, dass Haushalten, denen es nicht möglich ist, während der Wintermonate ihre Energierechnungen zu bezahlen, von einem weiteren einzurichtenden Härtefonds unter die Arme gegriffen wird. Dieser begleicht nach Maßgabe sozialer Kriterien die Rechnungen. Finanziert durch die österreichischen Energieversorger und abgewickelt durch spezialisierte Fachorganisationen soll ein unbürokratischer Zugang ermöglicht werden.

Soziale Absicherung im Alter

Aufgrund des demografischen Wandels, des Anstiegs der Lebenserwartung und damit der Zunahme der Bevölkerung im Alter über 60 Jahre ist die soziale Absicherung im Alter für immer mehr Menschen von großer Bedeutung. Das Pensionssystem muss so gestaltet sein, dass sich die Menschen auf eine ausreichende Existenz- und Lebensstandardsicherung verlassen können und auf dieser Grundlage ihre individuelle Lebensplanung aufbauen können. Jeder Mensch in unserer Gesellschaft kann durch Krankheit, Unfall, Invalidität oder eben altersbedingt pflegebedürftig werden. Das Pflegesystem muss die Menschen in ihrer Selbstbestimmung und Autonomie stärken und ihnen ein würdevolles Älterwerden ermöglichen. Die Entscheidung, wer von wem gepflegt wird, liegt in der Entscheidungskompetenz der Familien, die Aufgabe des Staates ist es allerdings, die Betroffenen und ihre Angehörigen nicht allein zu lassen.

Projekt 49: Sichere gesetzliche Pensionen statt risikoreicher Pensionsfonds



Die Finanzkrise hat uns gezeigt, wie unsicher risikoreiche Pensionsfonds sind, die von den internationalen Finanzmärkten abhängig sind. Die BürgerInnen sollen sich deshalb auf sichere gesetzliche Pensionen verlassen können. Wir treten entschieden für eine weitere Stärkung der gesetzlichen Pensionsvorsorge ein. Sie ist die Grundlage der Altersversorgung in Österreich. Auch für die heute Jüngeren ist ein starkes öffentliches Alterssicherungssystem die kostengünstigste und sicherste Form der Alterssicherung. Betriebspensionen und private Zukunftsvorsorgen sind keine Säulen unseres Altersversorgungssystems, sondern lediglich Ergänzungen, die grundlegender Reformen bedürfen. Die Sicherung der Kaufkraft der Pensionen wollen wir gewährleisten und die Verteilung des Pensionsanpassungsvolumens mit den SeniorenvertreterInnen verhandeln. Die Wartefrist für die erste Pensionsanpassung wird durch eine Aliquotierungsregelung ersetzt, der Pensions-Sicherungsbeitrag für kleine Pensionen soll abgeschafft werden.

Projekt 50: Keine weitere Anhebung des gesetzlichen Pensionsalters

Im letzten Jahr ist das tatsächliche Pensionsantrittsalter bereits um rund einen Monat gestiegen. Wir wollen den BürgerInnen keine weitere Anhebung des gesetzlichen Pensionsalters zumuten. Mit spezifischen Maßnahmen für ältere Arbeitslose sorgen wir dafür, dass Menschen bis zur Pension tatsächlich arbeiten können, statt das gesetzliche

Pensionsantrittsalter anzuheben. Ebenso stellen wir eindeutig klar, dass eine vorzeitige Angleichung des gesetzlichen Pensionsantrittsalters von Frauen an jenes der Männer für uns nicht in Frage kommt.

Projekt 51: Mitten im Beruf mit 50plus

Wer im fortgeschrittenen Alter den Job verliert, hat es nicht leicht auf dem Arbeitsmarkt. Nach vergeblicher Jobsuche bleibt für viele nur der Weg von der Langzeitarbeitslosigkeit in die Frühpension – und das trotz voller Arbeitsfähigkeit. Wir fordern deshalb eine „Älterengarantie“ – eine Beschäftigungsgarantie für ältere Langzeitarbeitslose: Jobsuchende über 50 sollen Angebote bekommen, die ihren Fähigkeiten entsprechen und fair bezahlt werden. Der Staat kann ältere Arbeitsuchende durch eine Reihe von Beschäftigungsprojekten und Hilfestellungen beim Einstieg in ein Unternehmen unterstützen. Aber auch die ArbeitgeberInnen müssen ihren Beitrag leisten: Unternehmen, die Ältere anstellen, sollen davon auch finanziell profitieren. Betriebe, die besonders wenige ältere MitarbeiterInnen beschäftigen, sollen hingegen zur Kassa gebeten werden. Initiativen für einen langen Verbleib im Erwerbsleben müssen ihren Weg in die Betriebe finden. Wir fordern die Schaffung gesunder und altersgerechter Arbeitsplätze und allgemeiner Arbeitsbedingungen, die unter anderem durch die Einschränkung gesundheitsschädlicher Arbeit einerseits und verpflichtende betriebliche Gesundheitsvorsorge und Präventions-Programme andererseits erreicht werden sollen.

Projekt 52: Menschenwürdige Pflege – Pflegedienstleistungen ausbauen



Jeder hilfe- und pflegebedürftige Mensch hat das Recht auf würdevolle Pflege, Betreuung, Schutz und Unterstützung, um ein möglichst selbstbestimmtes und selbständiges Leben führen zu können. Menschenwürdige Pflege und Betreuung von älteren und kranken Menschen ist ein zentrales Thema unserer Sozial- und Gesundheitspolitik. Die öffentliche Finanzierung der Pflegesicherung aus Steuermitteln ist in ausreichendem Maße sicherzustellen. Eine am Kapitalmarkt angesiedelte Risikofinanzierung, die für viele Versicherte nicht leistbar ist, wird von uns abgelehnt. Langfristig sind bundesweit einheitliche Pflegestandards zu etablieren. Rund 430.000 Personen beziehen derzeit in Österreich Pflegegeld – mehr als die Hälfte von ihnen wird zu Hause von Angehörigen gepflegt. Präventionsangebote wie z.B. „Bewegen statt Pflegen“ oder Demenz-Vorsorge sollen geschaffen bzw. ausgebaut werden. Aber nicht nur pflegebedürftige Menschen, sondern auch deren pflegende Angehörige benötigen Unterstützung. Die arbeitsrechtliche Situation für pflegende Angehörige muss weiter verbessert werden. Wir fordern daher einen Anspruch auf Pflegekarenz und Pflegezeit. Je nach Gesundheits-, Lebens- oder Familiensituation ist jede Pflegesituation anders, hier muss es die passenden Unterstützungsangebote geben: Dienstleistungen von mobiler professioneller Pflege über Tagesbetreuung und Einrichtungen für Nacht- und Wochenendpflege bis zu lebenswerten Pflegeheimen und Pflegezentren müssen ausgebaut und leistbar gestaltet werden. Spezielle Unterstützungsangebote muss es für die rund 42.000 Kinder und Jugendliche in Österreich geben, die regelmäßig chronisch kranke Familienmitglieder pflegen.

Gesundheit fördern und sichern

Die Menschen dabei zu unterstützen, lange gesund zu leben und im Krankheitsfall allen den gleichen Zugang zu medizinischen Leistungen zu gewährleisten, ist Ziel sozialdemokratischer Gesundheitspolitik. Wir bekennen uns zu einem solidarischen Gesundheitssystem, das von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern sowie Unternehmen gleichermaßen finanziert wird. Die Sozialdemokratie steht für die beste Behandlungsqualität für alle Menschen, wobei soziale und regionale Herkunft, aber auch Geschlecht, Alter und Einkommen keine Rolle spielen dürfen.

Projekt 53: Gesundheitssystem gerecht und solidarisch finanzieren

Ein solidarisches Gesundheitssystem muss breit und gerecht finanziert werden. Wir stehen zu einer Verbreiterung der Beitragsgrundlagen und dafür, bestehende Beitragslücken zu schließen. Höhere Einkommen sollen einen höheren Beitrag zur Finanzierung des Gesundheitssystems leisten. Im Gegenzug sollen Selbstbehalte weiter abgebaut werden, denn diese stellen vor allem für Personen mit geringem Einkommen eine Hürde bei der Inanspruchnahme von Gesundheitsleistungen dar. In einem ersten Schritt sollen Eltern für Krankenhausaufenthalte ihrer Kinder von der Zahlungspflicht des Spitalskostenbeitrages befreit werden.

Projekt 54: Gesundheitsversorgung weiter verbessern

Der Ausbau des Leistungsangebots für die Versicherten ist zentrale Zielsetzung sozialdemokratischer Gesundheitspolitik. So wurde in den vergangenen Jahren das Kinderimpfprogramm um zwei Gratis-Impfungen erweitert oder Krankengeld für Selbstständige eingeführt. Der Leistungsausbau muss auch in den kommenden Jahren weiter vorangetrieben werden. Zahnbehandlungen müssen für alle leistbar werden. Seit ersten Jänner 2013 dürfen die Zahnambulatorien der Krankenkassen erstmals alle zahnmedizinischen Leistungen anbieten. Der Ausbau des Leistungsspektrums der Ambulatorien aber auch bei niedergelassenen ZahnärztInnen muss fortgesetzt werden. Die Betreuung psychisch kranker Menschen muss weiter ausgebaut, psychische Erkrankungen sollen entstigmatisiert werden.

Projekt 55: Mehr Zeit für PatientInnen

Durch die Umsetzung der Gesundheitsreform sollen der Zugang zum Gesundheitssystem verbessert und die Wartezeiten weiter reduziert werden. Bisher wurden die Leistungen in den Spitälern und bei den niedergelassenen ÄrztInnen nicht gemeinsam geplant und gesteuert, was zu Reibungsverlusten und dadurch zu Wartezeiten geführt hat. Darüber hinaus sollen ÄrztInnen mehr Zeit für ihre PatientInnen haben, Wartezeiten sollen durch bessere und längere Öffnungszeiten der Praxen und Gruppenpraxen verkürzt werden, Mehrfachbefundungen und Verweisungen der PatientInnen sollen vermieden werden.

Projekt 56: Modernes Gesundheitssystem für alle Regionen garantieren

Das komplette Leistungsangebot darf nicht nur in wenigen großen Ballungszentren zur Verfügung stehen, sondern muss auch in ländlichen Regionen gesichert werden. Unter anderem ist eine patientenorientierte Arzneimittelversorgung durch verbesserte Kooperation von Ärzten und Apotheken notwendig. Wir stehen für ein modernes Gesundheitssystem, das sowohl für die Beschäftigten als auch für die PatientInnen höchste Sicherheit bietet. Gerade sensible Gesundheitsdaten müssen besonders geschützt werden – mit Hilfe der elektronischen Gesundheitsakte ELGA ist dies nun möglich. So kann die Patientensicherheit bei Arzneimittelverschreibungen durch Vermeidung von Wechselwirkungen und



Doppelverschreibungen erhöht und die Behandlungsqualität durch Befundbereitstellung verbessert, unnötige Mehrfachuntersuchungen können vermieden werden. Außerdem haben Patientinnen und Patienten einfachen Zugriff auf eigene Befunde. Aufbauend auf ELGA soll als nächster Schritt ein österreichweiter elektronischer Impfpass entwickelt und eingeführt werden.

Projekt 57: Gesundheitsförderung von Anfang an – Prävention ausbauen

Gerade in jungen Jahren werden die Weichen für ein gesundes Leben gestellt. Daher müssen neue Leistungen in den Mutter-Kind-Pass aufgenommen, die Schulverpflegung verbessert und das kostenlose Kinderimpfprogramm erweitert werden. Besonders wichtig ist die Aufnahme der Impfung gegen Gebärmutterhalskrebs (HPV) in das Impfprogramm. Darüber hinaus muss die Versorgung der Kinder mit kindgerechten und sorgfältig geprüften Medikamenten ausgebaut werden, wir unterstützen die Forschung für sichere Kinderarzneimittel. Durch die Rahmengesundheitsziele für Österreich gibt es erstmals eine politische Handlungsanleitung für alle Politikfelder für die kommenden Jahrzehnte. Wir wollen daher Einnahmen aus der Tabaksteuer zweckgebunden in präventive Gesundheitsprojekte investieren.

Projekt 58: Mehr Bewusstsein für gesunde Ernährung schaffen



Ausgewogene, gesunde und leistbare Ernährung ist für die Erhaltung der Gesundheit von zentraler Bedeutung. Krankheiten, die auf falsche Ernährung und mangelnde Bewegung zurückzuführen sind, nehmen zu. Neben klaren und verständlichen Ernährungsempfehlungen, die auf neuesten wissenschaftlichen Erkenntnissen aufbauen, muss das Ernährungsangebot für die Menschen in ihrem Lebensalltag verbessert werden. Die „Initiative Schulbuffet“, bei der Schulbuffets auf ein gesünderes Angebot umgestellt werden, soll auch in den kommenden Jahren weitergeführt werden. Bisher konnten über 200.000 Kinder mit dieser Initiative erreicht werden. Auch bei anderen Formen der Gemeinschaftsverpflegung, wie etwa Betriebskantinen und „Essen auf Rädern“, muss es Projekte zur Verbesserung der Ernährung geben.

Projekt 59: Recht auf Selbstbestimmung – Schwangerschaftsabbruch und Verhütung

Am Recht auf Selbstbestimmung darf nicht gerüttelt werden. Ein Schwangerschaftsabbruch muss in jedem öffentlichen Spital mit entsprechender medizinischer und qualitativer Ausstattung möglich sein. Darüber hinaus braucht es Schutzzonen vor Krankenhäusern und Kliniken, die Frauen vor psychischer Gewalt und Belästigung schützen. Wichtig sind auch Verhütung und Aufklärung. Verhütung darf keine Kostenfrage sein.

Projekt 60: Beschäftigung im Gesundheitsbereich attraktiver gestalten

Das Gesundheitssystem ist nur so gut, wie die Menschen, die in diesem arbeiten. Rund zwölf Prozent der Beschäftigten in Österreich sind im Gesundheitsbereich tätig. Die Sozialdemokratie setzt daher einen klaren Schwerpunkt auf die qualitätsgesicherte Ausbildung, die Arbeitsbedingungen der MitarbeiterInnen und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Der Zugang zu Gesundheitsberufen muss attraktiver und die Qualität der Ausbildung erhöht werden. Die Kompetenzen und Berufsbilder der medizinischen Gesundheitsberufe sind den aktuellen Gegebenheiten anzupassen. Auch im Bereich der ÄrztInnenausbildung treten wir für eine Reform ein. Die praktische Ausbildung, vor allem in Lehrpraxen, muss ausgeweitet und eine gerechte Entlohnung in der Ausbildungszeit

gesichert werden. Die Sozialdemokratie steht für eine Modernisierung des Berufsbildes der ÄrztInnen.

Mehr Rechte für KonsumentInnen

Österreich hat seit mehr als 30 Jahren ein strenges Konsumentenschutzgesetz. Für die SPÖ ist es wichtig, dieses hohe Niveau zu erhalten. Wir wollen die Rechte von Verbraucherinnen und Verbrauchern stärken, durchsetzen und weiterentwickeln. Die KonsumentInnenrechte müssen ausgebaut und den aktuellen Herausforderungen angepasst werden – insbesondere was die Transparenz, KonsumentInnen-Information und die Kennzeichnung betrifft.

Projekt 61: Sichere Lebensmittel und Produkte

Die KonsumentInnen haben ein Recht auf sichere, gut gekennzeichnete und leistbare Nahrungsmittel. Wir sorgen dafür, dass Lebensmittel ohne gentechnische Veränderungen mit möglichst geringer Schadstoffbelastung und korrekt gekennzeichnet verkauft, produziert und importiert werden. Dafür stärken wir die amtliche Lebensmittelkontrolle. KonsumentInnen sollen Gütezeichen nach klaren Produktionsrichtlinien sowie strengen Kennzeichnungspflichten und Kontrollen wieder vertrauen können. Österreich wird sich auf europäischer Ebene für die Ausweitung großräumiger gentechnikfreier Regionen einsetzen.

Projekt 62: Klare und einheitliche Verbraucherrechte

Wir fordern, dass alle Geschäftsabschlüsse klare, verständliche und möglichst einheitliche Informationspflichten und Rücktrittsrechte (Voraussetzungen, Frist, Rückabwicklung) haben müssen. So sollen beispielsweise Verträge, die am Telefon geschlossen werden, nur dann wirksam sein, wenn sie nachträglich schriftlich von beiden Seiten bestätigt werden, oder Verträge im Internet der ausdrücklichen Zustimmungspflicht der KonsumentInnen unterliegen.

Projekt 63: Sicherheit auf ein Entkommen aus der Schuldenfalle

Die Hauptursache der Verschuldung von Privatpersonen ist der Verlust des Arbeitsplatzes gefolgt von Krankheit, Scheidung und weiteren unvorhersehbaren Schicksalsschlägen. Bei Zahlungsunfähigkeit verdoppelt sich durch die Verzugszinsen und Gebühren binnen fünf Jahren die Schuld – einmal in der Schuldenspirale ist ein Entkommen ausgesprochen schwierig. Menschen, die zahlungsunfähig sind, sollen nicht laufend von Exekutionen bedroht sein. Wir fordern daher ein Gesamtvollstreckungsverfahren: Im Fall der Zahlungsunfähigkeit sollen Zinsstopp und Exekutionsstopp eintreten – mit dem Ziel, die Schulden sukzessive abzuführen. Darüber hinaus fordern wir für die Tätigkeit von Inkassobüros klare Regelungen und moderate Kostengrenzen.

Projekt 64: Game Over für das kleine Glücksspiel

Für die Glücksspielkonzerne ist das „kleine Glücksspiel“ längst zum großen Geschäft geworden. Für Spielsüchtige bedeutet es jedoch oft Not, Krankheit, Armut, Elend, Kriminalität, häusliche Gewalt und Existenzbedrohung. Hohe Kosten für die öffentliche Hand sind die Folge. Wir fordern daher ein bundesweites Verbot des kleinen Glücksspiels in Österreich.

Sozialer Frieden als Fundament für Innere Sicherheit

Für uns SozialdemokratInnen ist es eine zentrale Aufgabe des Staates, die Freiheit und die Sicherheit seiner Bürgerinnen und Bürger zu schützen. Für das Grundrecht auf Sicherheit sind einerseits die sozialen Bedingungen in Österreich, aber auch in seinen Nachbarländern ausschlaggebend, auf der anderen Seite bedarf es einer funktionierenden, motivierten Exekutive und geeigneter Präventionsmaßnahmen.

Projekt 65: Mehr PolizistInnen im öffentlichen Raum

Für ein Grundrecht auf Sicherheit ist es notwendig, dass die PolizistInnen hauptsächlich im Außendienst aktiv und sichtbar für die Bevölkerung agieren. Die Innere Sicherheit ist eine Aufgabe, die nur in einer partnerschaftlich getragenen Verantwortung zusammen mit der Politik, den Institutionen, sowie den Menschen in diesem Land erfolgreich gestaltet werden kann. Dabei hat die Politik den PolizistInnen die beste Unterstützung durch eine optimale Aus- und Fortbildung sowie durch Infrastruktur auf dem aktuellen Stand der Technik zu garantieren.

Projekt 66: Sicherheitsstrategie umsetzen

Mit Umsetzung der im Frühjahr 2013 beschlossenen Sicherheitsstrategie sollen auf Basis der Grund-, Freiheits- und Menschenrechte schwerpunktmäßig folgende Ziele erreicht werden: Kriminalität gilt es wirksam zu bekämpfen. Neue Wege sollen in der Prävention gegangen werden, um Verbrechen zu verhindern. Daten sollen genutzt, aber vor Missbrauch geschützt werden. Genauso gilt es, in Zusammenarbeit mit dem Bundesministerium für Landesverteidigung Anschläge auf die kritische Infrastruktur Österreichs zu verhindern. Dazu bedarf es auch des konsequenten weiteren Ausbaus von Cyber-Security-Maßnahmen.

Projekt 67: Umfassenden Schutz vor Gewalt gewährleisten

Gewalt gegen Frauen und Kinder ist gesellschaftliche Realität. Das verdeutlichen auch die kontinuierlich steigenden Zahlen der Betretungsverbote und Wegweisungen. Unser Ziel ist es, die von Gewalt betroffenen Frauen und Kinder bestmöglich zu unterstützen. Wir werden daher das bestehende Netz an Gewaltschutzeinrichtungen in Österreich finanziell absichern und ausbauen. Prävention, Information und Vernetzung stehen ebenfalls im Vordergrund.

Für ein attraktives Bundesheer

Das Österreichische Bundesheer genießt durch seinen Einsatz zum Schutz der Bevölkerung hohes Ansehen. Durch seine zahlreichen Friedenseinsätze ist es darüber hinaus zu einer rot-weiß-roten Visitenkarte in der ganzen Welt geworden. Dieser Weg muss fortgesetzt werden – auf entsprechende Entwicklungen auf europäischer Ebene soll professionell und kompetent reagiert werden. Für die Sicherheit Österreichs braucht es eine Weiterentwicklung des Bundesheeres, die auch den Grundwehrdienst modernisiert.

Projekt 68: Bauoffensive starten und zeitgemäße Unterkünfte schaffen

Im Zuge der Reform des Grundwehrdienstes ist die Verbesserung der Infrastruktur – Unterkünfte, Sport- und Freizeitmöglichkeiten – ein zentrales Anliegen der Rekruten. Wir werden dieses Anliegen durch ein Konjunkturpaket „Infrastruktur“ in der Höhe von 100 Mio. Euro unterstützen. Diese Mittel fließen unmittelbar in die regionale österreichische Bauwirtschaft.

Projekt 69: Das Bundesheer für Frauen attraktiver machen

Durch ein attraktives Maßnahmenpaket, das u.a. eine durchgängige Laufbahnplanung, spezifische Verbesserung in der Ausbildung und eine gezielte Förderung bei der Vergabe von Führungs- und Managementfunktionen beinhaltet, werden wir den Anteil der Frauen im Österreichischen Bundesheer auf das europäische Durchschnittsniveau von mindestens sieben Prozent anheben.

Projekt 70: Bildungs- und Ausbildungsinitiative für MitarbeiterInnen

Wir leben in einer Wissensgesellschaft und das wichtigste Gut des österreichischen Bundesheeres ist das Wissen seiner MitarbeiterInnen, egal ob in Zivil oder Uniform. Daher werden wir die Ausbildung im Bundesheer zukünftig so gestalten, dass alle MitarbeiterInnen in ihrer Zeit beim Bundesheer höher qualifiziert werden. Ein Lehrling soll einen Meisterabschluss und ein Maturant, eine Maturantin einen akademischen Abschluss erwerben können.

Eine aktive Außenpolitik – eine hörbare Stimme in der Welt

Österreich soll eine hörbare Stimme in der Welt haben: Das erfordert eine aktive und weltoffene Außenpolitik. Wir setzen uns für gute Beziehungen zu anderen Ländern der Welt ein, um außenpolitischen und demokratiefeindlichen Bedrohungen für unser Land entgegenzuwirken. Mit der SPÖ wird es auch in Zukunft keine Beteiligung an Militärbündnissen und Kriegen und keine Errichtung fremder Stützpunkte auf unserem Staatsgebiet geben. Wir wollen, dass sich Österreich als neutrales Land aktiv für die Menschenrechte, für Frieden, soziale und wirtschaftliche Sicherheit und Umweltschutz einsetzt.

Projekt 71: Einsatz für globale Friedenssicherung

Fortschritte in der militärischen Abrüstung sowie die Nichtverbreitung von Massenvernichtungswaffen stellen wesentliche Elemente der Friedenssicherung dar. Wir setzen uns für strengere Regeln und höhere Transparenz bei europäischen Rüstungsexporten ein. Wir machen uns stark für die aktive Unterstützung abrüstungspolitischer Initiativen wie den Waffenhandelsvertrag der Vereinten Nationen oder Initiativen zur Ächtung tödlicher Drohneneinsätze und bekräftigen die Vision einer atomwaffenfreien Welt. Wir unterstützen daher maßgeblich die Bestrebungen, im Nahen und Mittleren Osten eine atomwaffenfreie Zone einzurichten.

Projekt 72: Österreich als verlässlicher Partner in der internationalen Politik

Die Welt befindet sich im Umbruch. Damit dieser Umbruch ein Aufbruch zu mehr Frieden, Demokratie und Gerechtigkeit wird, setzen wir uns dafür ein, dass das Völkerrecht und die Organisation der Vereinten Nationen ebenso gestärkt werden wie die regionalen Friedens- und Sicherheitsorganisationen. Im Rahmen der EU treten wir für eine Stärkung der Beziehungen EU-USA und für den Aufbau strategischer Partnerschaften zu anderen aufstrebenden Staaten, wie zum Beispiel Brasilien, Indien, Südafrika oder China ein. Bereits bestehende strategische Partnerschaften wie mit Russland sollen weiter entwickelt werden. Österreich ist auf Grund seiner Neutralität bereits jetzt ein bedeutender Standort der UNO, der OSZE und vieler anderer internationaler Organisationen. Wir wollen, dass Österreich als Ort des internationalen Dialogs und Ausgleichs weiter ausgebaut und gestärkt wird.

Projekt 73: Aktiv in die Arbeit der Vereinten Nationen einbringen

Österreich wird sich aktiv in die Arbeit der Vereinten Nationen einbringen, etwa im Bereich der Menschenrechte oder dem besonderen Schutz von Frauen und Kindern in Konfliktregionen. Die Beteiligung an friedenserhaltenden und friedenssichernden Maßnahmen der Vereinten Nationen und die Spezialisierung Österreichs für derartige Einsätze wird ein Kernelement unseres internationalen Engagements darstellen. Von Konfliktverhütung über Evakuierungsoperationen bis hin zu humanitären Einsätzen leisten die österreichischen SoldatInnen zusammen mit zivilen ExpertInnen einen Beitrag zu Frieden und Sicherheit in der Welt. Ein Schwerpunkt wird künftig mit der Stärkung der zivilen Auslandskapazitäten gesetzt werden. Wir wollen hierfür eine engere Kooperation unter den Ministerien und eine bessere Einbeziehung von Nichtregierungsorganisationen erreichen. Österreichs Beitrag zur Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der EU und zu Operationen im Rahmen des Krisenmanagements der EU soll in den Bereichen Konfliktprävention und menschliche Sicherheit („human security“) liegen.

Chancengleichheit

Wir verstehen Chancengleichheit umfassend, wir wollen, dass alle – unabhängig von Geschlecht, Herkunft, sozialem Status – gleiche Chancen haben. Eine so verstandene Chancengleichheit ermöglicht es dem Einzelnen, der Einzelnen, sich selbst zu verwirklichen und ein erfülltes Leben zu führen und fördert das Zugehörigkeitsgefühl zur Gemeinschaft. Es dient aber auch der Gemeinschaft, wenn sich die Talente und Fähigkeiten aller optimal entfalten können.

Gleiche Chancen in einem fairen und weltoffenen Bildungssystem

Wir verstehen Bildung als einen Schlüssel zu einem selbstbestimmten und freien Leben. Wir wollen allen Kindern und Jugendlichen gleiche Chancen in einem fairen, weltoffenen und qualitätvollen Schulsystem bieten. Nach wie vor werden die Bildungschancen und der Bildungsverlauf der Kinder zu stark vom Einkommen und der sozialen Situation der Eltern bestimmt. Unser Ziel ist ein respektvoller Umgang und die Schaffung eines positiven, motivations- und leistungsfördernden Umfeldes, in dem sich Kinder und Jugendliche bestmöglich entwickeln können. Individualisierung des Unterrichts, Bildungsstandards auf internationalem Niveau und standardisierte Prüfungen werden zur Qualitätssicherung genutzt.

Projekt 74: Kinder früh fördern

Kinder lernen in den ersten Lebensjahren am leichtesten. Wir wollen Krabbelstuben, Kinderkrippen und Kindergärten flächendeckend anbieten. Sie sind die ersten wichtigen Bildungseinrichtungen. Mit einem zweiten verpflichtenden Gratis-Kindergartenjahr ab dem vierten Lebensjahr des Kindes wollen wir die individuelle frühe Förderung unserer Kinder sicherstellen und die Sprachkompetenz verbessern. Qualifizierte KindergartenpädagogInnen spielen bei der Vermittlung von Sprach- und Sozialkompetenzen eine zentrale Rolle.

Projekt 75: Vorrang für Volksschulen

In den Volksschulen lernen unsere Kinder Lesen, Schreiben und Rechnen – Grundkompetenzen für den weiteren Bildungsweg. Interessen, Begabungen und Talente werden geweckt und zusätzlich gefördert. Wir werden unseren Volksschulen mehr LehrerInnen zur Verfügung stellen, sowie SchuldirektorInnen und LehrerInnen von Verwaltungstätigkeiten entlasten.

Projekt 76: Ganztagsschulen für die optimale Förderung der SchülerInnen

Schule kann mehr, wenn Kinder den ganzen Tag gefördert werden und danach mit ihren Eltern – ohne Stress – Freizeit genießen. Unterricht, Sport, Musik, womöglich Nachhilfe: All diese Aufgabenbereiche unter einen Hut zu bekommen, ist sowohl für viele Kinder, aber auch für Eltern eine große Herausforderung. Eine gemeinsame ganztägige Schule erleichtert diese Situation und verringert den Stress für alle. Eine zeitgemäße Schule bietet abwechselnd



Unterricht und Freizeit, mit motivierten und bestens ausgebildeten LehrerInnen und FreizeitpädagogInnen, die Kinder umfassend fördern und unterstützen, wo sie es brauchen. Den Eltern wird wirkliche Vereinbarkeit von Beruf und Familie ermöglicht, ohne sie zusätzlich finanziell zu belasten. Wir werden daher in zumutbarer Entfernung vom Wohnort den Kindern und Jugendlichen ganztags ein vielfältiges Angebot machen: Unterricht, Förderung, Musik, Tanz, Theater, tägliche Bewegung und Sport. Ganztägige Schulen fördern die Kreativität und steigern die Leistung der SchülerInnen. Die entscheidenden Kompetenzen müssen am Ende der Schulpflicht von allen Jugendlichen beherrscht werden.

Projekt 77: Gemeinsame Schule der 10 bis 14-Jährigen

Unsere Kinder sollen alle die gleiche Chance im Leben bekommen, unabhängig vom Einkommen und der sozialen Situation ihrer Eltern. Das kann am besten in einer gemeinsamen, ganztägigen Schule der 10 bis 14-Jährigen gewährleistet werden. Die Talente und Begabungen der Kinder sollen gefördert und nicht durch die frühe Trennung im Bildungsweg verloren gehen. Kinder haben somit vier weitere Jahre, um ihre Fähigkeiten zu entwickeln und Talente zu entfalten.

Projekt 78: Beste Schule – Beste LehrerInnen: Potenziale entwickeln und Perspektiven eröffnen



Schule kann mehr, wenn sie zusätzlich zur Wissensvermittlung die individuellen Fähigkeiten und Potentiale fördert und so Perspektiven für die SchülerInnen eröffnet. Bildungsstudien – ob PISA oder Co – sind in aller Munde: Aber es darf nicht nur darum gehen, bei den Tests gut abzuschneiden. Schule muss mehr leisten als nur Wissen zu vermitteln. Schule hat auch die Aufgabe, eigenständige und selbstsichere Menschen auszubilden und ihre sozialen Kompetenzen – wie unter anderem auch den Umgang mit Fehlern – zu fördern. Dazu benötigt es motivierte LehrerInnen, die von administrativen Tätigkeiten entlastet werden. So haben sie mehr Zeit für die pädagogische Arbeit und Teamarbeit. Ebenso bedarf es einer besseren Kommunikation zwischen SchülerInnen, Eltern und LehrerInnen, der Etablierung neuer Unterrichtstypen und einer fundierten Berufsorientierung.

Projekt 79: Schulen als attraktive Lebensräume gestalten

Kinder und Jugendliche verbringen viel Zeit in den Schulen. Sie müssen daher altersgerecht ausgestattet sein. Wir werden unsere Schulen für die neuen Herausforderungen wie freies, selbständiges und kreatives Lernen, Team- und Projektarbeit entsprechend ausstatten. Für unsere LehrerInnen müssen moderne Arbeitsplätze vorhanden sein. Architektenwettbewerbe sollen bei der Um- und Neugestaltung des „Lebensraums Schule“ Anregungen und Grundlagen schaffen.

Projekt 80: Direktwahl der SchülerInnenvertretung durch alle SchülerInnen

Um SchülerInnen Demokratie näher zu bringen, sollen sie künftig ihre Vertretung auch auf Landes- und Bundesebene selbst wählen dürfen. Eine von allen SchülerInnen direkt gewählte Vertretung hat mehr Gewicht und kann in der Öffentlichkeit mehr Aufmerksamkeit auf die Interessen und Forderungen der SchülerInnen lenken.

Offener Zugang zu Hochschulbildung

Wir stehen für einen offenen Hochschulzugang und die Erhöhung der AkademikerInnenquote bei gleichzeitiger sozialer Besserstellung der Studierenden und

Verbesserung der Studienbedingungen auf internationales Niveau. Jede und jeder muss die bestmöglichen Bildungs- und Ausbildungsangebote nutzen können, jeder Art von sozialer Selektion muss entgegengewirkt werden.

Projekt 81: Neue Studienplätze schaffen – Hochschulzugang erleichtern

Die Gesellschaft muss jungen Menschen realistische Ausbildungsperspektiven bieten. Studiengebühren sind keine Lösung. Daher soll der Bedarf an zusätzlichen Kapazitäten ermittelt und diese zielgerichtet ausgebaut werden. Die Studieneingangs- und Orientierungsphasen sollen evaluiert, überarbeitet und vereinheitlicht werden, um Knock-Out-Prüfungen zu vermeiden. Durch eine bessere Standardisierung der Bachelor- und Diplomstudien wird die studentische Mobilität erleichtert, d.h. ein Standortwechsel und die gegenseitige Anrechnung von Prüfungen werden vereinfacht. Die Ablegung der Studienberechtigungsprüfung soll erleichtert werden, damit wird eine zentrale Möglichkeit umgesetzt, den Zugang zu Hochschulen zu erleichtern. Eine politische Lösung der Studienzugangsprobleme in bestimmten Studienrichtungen, insbesondere durch „numerus clausus-Flüchtlinge“, muss auf europäischer Ebene erreicht werden.

Projekt 82: Soziale Absicherung der Studierenden gewährleisten

Derzeit beginnen bereits mehr junge Menschen ein Studium als eine Lehre. Die Hochschulen sind darauf ebenso wenig vorbereitet wie die sozialen Sicherungssysteme. Die Studienbeihilfe und die Familienbeihilfe sollen daher umfassend reformiert werden. Die Familienbeihilfe für Studierende muss ins Stipendiensystem überführt und direkt an die Studierenden ausbezahlt werden. Die Mittel für die Studienbeihilfe sollen aufgestockt werden, zugleich muss die Studienbeihilfe selbst umfangreich reformiert werden. Die Altersgrenzen bei der Studienbeihilfe sollen überarbeitet und der Zugang zu Stipendien bei weiterführenden Master- und Doktoratsstudien verbessert werden. Es muss eine Bedarfserhebung für neue Studierendenheime durchgeführt und die Förderung für die Heime wieder eingeführt werden.

Projekt 83: Forschungskarrieren von Frauen fördern

Während die Anzahl von Studienabsolventinnen immer mehr ansteigt und 2012 mehr Frauen als Männer ein Universitätsstudium abgeschlossen haben, besteht Ungleichheit bei der Besetzung akademischer Spitzenpositionen. Daher ist es notwendig, allgemeine Grundsätze und Leitlinien für Berufungen von UniversitätslehrerInnen zu schaffen, welche der faktischen Benachteiligung von Frauen entgegenwirken.

Projekt 84: Fachhochschulsektor ausbauen

Der Fachhochschulsektor soll, insbesondere mit dem Schwerpunkt auf berufsbegleitende Angebote, weiter ausgebaut werden. Dazu sind eine österreichische Bedarfserhebung sowie die Erstellung eines mittelfristigen Ausbauplans notwendig. Auch die Fachhochschulen und Pädagogischen Hochschulen müssen von der Erhöhung des Wissenschaftsbudgets profitieren.

Projekt 85: Mitbestimmung an den Hochschulen verbessern

Die Mitbestimmung des wissenschaftlichen Personals und der Studierenden an den Hochschulen soll wieder drittelparitätisch – also aufgeteilt zwischen ProfessorInnen, AssistentInnen und Studierenden mit jeweils einem Drittel der Stimmen – ausgebaut werden. Eine Strukturreform an den Fakultäten und Instituten wird dazu führen, dass die Mitbestimmungsmöglichkeiten der wissenschaftlichen UniversitätslehrerInnen im Rahmen

eines sogenannten „Faculty-Modells“ ausgebaut werden. Darunter wird die demokratische Einbeziehung sämtlicher Hochschulpartner, im speziellen der HochschullehrerInnen ohne ordentliche Professur, in alle wesentlichen Entscheidungsprozesse verstanden. Die SPÖ tritt für eine Wiedereinführung der Direktwahl der ÖH-Bundesvertretung ein.

Digitalisierung für mehr Chancengleichheit nutzen

Die digitale Welt schafft Möglichkeiten, den Alltag, die Arbeitswelt, das Zusammenleben unkomplizierter und facettenreicher zu gestalten. Nie war es einfacher als heute, Menschen und ihr Wissen in Form von Texten, Bildern oder Tönen zusammenzubringen und zu vernetzen. Wir setzen uns dafür ein, dass alle von diesem Fortschritt profitieren können und keine neuen Barrieren entstehen. So sollen alle an der Wissensgesellschaft des 21. Jahrhunderts partizipieren können.

Projekt 86: Internet-Infrastruktur als Teil der Daseinsvorsorge und Chancengleichheit

Der Zugang zum Internet ist in der digitalen Gesellschaft wichtig, um am politischen, wirtschaftlichen, sozialen oder kulturellen Leben teilzunehmen. Daher ist die Versorgung mit Breitbandinternet in allen Regionen Österreichs ähnlich unverzichtbar wie der Anschluss ans Stromnetz. Wir wollen den öffentlichen Versorgungsauftrag dahingehend umfassend neu formulieren. Wir werden in Zusammenarbeit mit den Betreibern gezielte Maßnahmen setzen, um bis 2020 allen ÖsterreicherInnen flächendeckenden Zugang zu Breitband-Hochleistungsinternet zu ermöglichen. Die Finanzierung soll aus Teilen der Versteigerungserlöse der Digitalen Dividende erfolgen. Chancengleichheit in der digitalen Wissensgesellschaft bedeutet aber neben infrastruktureller Versorgung vor allem auch die Beseitigung von sozialen und ökonomischen Zugangshürden und die Stärkung der Medienkompetenz. Wir treten für die Förderung und Unterstützung des uneingeschränkten Zugangs der älteren Generation zur modernen Informationstechnologie ein.

Projekt 87: Digitalisierung nutzen und das freie Internet als demokratisches Bürgerrecht

Die Digitalisierung bietet enorme Möglichkeiten für eine demokratische Wissensgesellschaft. Wesentliche Grundpfeiler dafür sind die Garantie der Netzfreiheit und Netzneutralität. Letztere zu garantieren heißt, Zugangsanbietern die Diskriminierungen bestimmter Dateninhalte durch unterschiedliche Übertragungsgeschwindigkeiten ohne besondere technische Gründe gesetzlich zu verbieten. Wir treten dafür ein, dass demokratische Grundfreiheiten – beispielsweise das Verbot von Zensur, Rede- und Versammlungsfreiheit oder die Wahrung des Briefgeheimnisses –, die außerhalb des Internets als selbstverständlich gelten, auch im Internet gelten. Sperrungen von Internetseiten und des Internetzugangs ohne richterliche Kontrolle sind ebenso abzulehnen wie die Drosselung der Internetgeschwindigkeit als Strafmaßnahme und Online-Durchsuchungen ohne richterlichen Auftrag.

Projekt 88: Internet mit dem Urheberrecht versöhnen – neue Rahmenbedingungen schaffen

Das Internet ist zum täglichen Werkzeug für Kommunikation, Austausch, Information oder Unterhaltung geworden. Die neuen vielfältigen kreativen Ausdrucksformen wollen wir SozialdemokratInnen ermöglichen und fördern und gleichzeitig eine faire Vergütung für Kulturschaffende bzw. UrheberInnen sicherstellen. Wir wollen einen gerechten Ausgleich der

Interessen der UrheberInnen, VerwerterInnen und NutzerInnen schaffen und die fließenden Grenzen dabei im Blick haben. Eine wesentliche Bedeutung hat dabei die Etablierung eines starken Urhebervertragsrechts und die zeitgemäße und flexiblere Ausgestaltung der Privatkopie für die nicht-kommerzielle Werknutzung.

Moderne Geschlechterpolitik und bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie

Nach wie vor wird es Frauen und Männern schwer gemacht, Beruf und Familie zu verbinden. Wesentliche Voraussetzungen für eine gute Vereinbarkeit sind ausreichend Betreuungsplätze, das Aufbrechen von traditionellen Rollenbildern und Maßnahmen zu mehr Väterbeteiligung. Darüber hinaus braucht es auch ein Umdenken in den Unternehmen, beispielsweise hin zu flexibleren Anwesenheitszeiten, damit sich niemand mehr zwischen Kind und Karriere entscheiden muss.

Projekt 89: Bessere Chancen für Frauen in der Arbeitswelt



Ein Teil der Einkommensunterschiede zwischen Frauen und Männern rührt daher, dass Frauen in „typisch“ weiblichen Berufsfeldern weniger verdienen. Viele Frauen sind in Sozial- und Dienstleistungsberufen beschäftigt, welche noch immer schlechter entlohnt sind als beispielsweise technische Berufe. Hier braucht es eine Neubewertung dieser Arbeitsfelder. Wir brauchen mehr Vollzeitarbeitsplätze für Frauen und einen Rechtsanspruch auf Umstieg von Teilzeit- auf Vollzeitarbeit bei freiwerdender Stelle. Zusätzlich müssen für Teilzeitkräfte die Lohn- und Gehaltssituation – zum Beispiel durch Verbesserungen beim Teilzeitzuschlag – und die Aufstiegschancen verbessert werden. Führungspositionen und temporäre Teilzeit dürfen kein Widerspruch sein. Frauen und Männer sollen keine Nachteile bei der Einkommens- und Karriereentwicklung aufgrund der Inanspruchnahme von Karenz, Elternteilzeit, Pflegefreistellung oder Familienhospizkarenz haben.

Projekt 90: Rollenklischees bei der Berufswahl durchbrechen

Die meisten jungen Frauen und Mädchen leben ihr Leben heutzutage frei und ohne Rollenzwänge. Formal stehen ihnen alle Wege offen. Bei der Berufswahl werden jedoch noch immer zu oft traditionelle Wege beschritten. Wir werden auch in Zukunft mit gezielten Projekten dafür Sorge tragen, dass Mädchen in Berufsfelder einsteigen, in denen bisher noch wenige Frauen vertreten sind. Umgekehrt werden wir mehr Männer dazu ermutigen, in sozialen und pädagogischen Berufen tätig zu sein. Auch dort gilt es Rollenklischees zu durchbrechen. Von Chancengleichheit und Rollenvielfalt profitiert die gesamte Gesellschaft.

Projekt 91: In Ausbau und Qualität der Kinderbetreuung investieren

In den vergangenen Jahren ist es gelungen, die Kinderbetreuungseinrichtungen in ganz Österreich Schritt für Schritt auszubauen. Unser Ziel ist es, diesen Ausbau in höchster Qualität in ganz Österreich noch rascher voranzutreiben. Schließlich ist ein optimaler Betreuungs-, Spiel- und Bildungsort nicht nur gut für die Entwicklung der Kleinsten, auch für die Eltern wird es dadurch möglich, Beruf und Familie besser zu vereinbaren. Wir werden daher weiter in den Ausbau der Kinderbetreuung investieren und mit den Ländern an gemeinsamen Standards arbeiten, um die Qualität zu erhöhen, die Schließtage zu reduzieren und, falls erforderlich, die Öffnungszeiten auszudehnen. Darüber hinaus soll es auch einen Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz bereits ab dem 1. Lebensjahr geben.



Projekt 92: Mehr Väter in Karenz

Zwei Drittel aller Väter wollen in Karenz gehen, aber nur wenige – derzeit etwa fünf Prozent - entscheiden sich tatsächlich dafür, eine Zeit lang bei ihrem Kind zu bleiben. Zumeist befürchten Männer berufliche Nachteile im Einkommen oder im Karriereweg. Oft werden Väter auch schief angeschaut, wenn sie sich für eine moderne und faire Aufgabenteilung bei Kinderbetreuung und Hausarbeit entscheiden. Wir wollen Männer dabei unterstützen, mehr Zeit mit ihren Kindern zu verbringen, denn davon profitieren alle – Kinder, Eltern aber auch die Unternehmen, deren Mitarbeiter nach der Karenz mit vielen zusätzlichen sozialen Kompetenzen ausgestattet sind. Durch den Papamonat auch in der Privatwirtschaft, Informationskampagnen und intensive Beratung sollen Väter dazu motiviert werden, häufiger in Karenz zu gehen.

Projekt 93: Bezahlter Papamonat für alle Väter

Die Geburt eines Kindes ist etwas ganz Besonderes – für beide Elternteile. Väter, die im öffentlichen Dienst beschäftigt sind, haben bereits seit 2011 das Recht, die ersten vier Wochen nach der Geburt zu Hause beim Kind zu verbringen. In der Privatwirtschaft gibt es diesen Anspruch noch nicht. Wir fordern deshalb einen „Papamonat für alle Väter“: Väter sollen das Recht erhalten, die ersten vier Wochen nach der Geburt eines Kindes frei zu nehmen und mit ihrem Kind gemeinsam zu erleben.

Für ein Zusammenleben mit Respekt

Wir wollen die Integration von legal bei uns lebenden Zuwanderern weiter verbessern und die Teilhabemöglichkeiten aller an der Gesellschaft fördern. Daher treten wir Diskriminierung in jeder Form entschieden entgegen. Die SPÖ steht für ein von gegenseitigem Respekt geprägtes Zusammenleben, wobei die Anerkennung der universellen Werte und unserer Rechtsordnung außer Frage steht. Wir bekennen uns zu einer gemeinsamen Integrationsarbeit, in der Feindbilder keinen Platz haben.

Projekt 94: Mehrsprachigkeit als Bereicherung ansehen

Zu einer gelungenen Integration gehört Deutsch als gemeinsame Sprache für alle und dass jedes Kind bereits im Kindergarten auch im Erlernen der deutschen Sprache gefördert wird, damit der Schuleintritt gut gelingt. Mehrsprachigkeit soll als Bereicherung angesehen werden. Wir wollen erreichen, dass sich Zuwanderer in unsere Demokratie einbringen und Verantwortung für die Gestaltung des gemeinsamen Lebensumfeldes übernehmen können.

Projekt 95: Zuwanderung mit Verantwortung gestalten

Wir wollen Neuzuwanderung zu fairen und transparenten Bedingungen in dem Ausmaß ermöglichen, welches im Interesse der bereits in Österreich lebenden Menschen ist. Das bedeutet jedenfalls die strikte Vermeidung von Lohn- und Sozialdumping, genauso aber auch die Sicherstellung von Aus- und Weiterbildung, gleichen Aufstiegschancen, humanen Arbeitsbedingungen sowie sozialer Sicherheit unabhängig von der Herkunft. Die Anerkennung von im Ausland erworbenen Abschlüssen und Zertifikaten soll sachgerecht erleichtert und verbessert werden.

Projekt 96: Asylverfahren weiter beschleunigen

Asyl ist gemäß der Genfer Konvention ein Menschenrecht und vom Fragenkomplex der Zuwanderung zu unterscheiden. Wir wollen die Asylverfahren weiter beschleunigen; dies liegt

sowohl im Interesse der letztlich anerkannten Asylwerber, wie auch jener, die keine ausreichenden Asylgründe vorweisen können.

Ein selbstbestimmtes Leben für Menschen mit Behinderungen

Wir setzen uns dafür ein, dass Menschen mit Behinderungen ein selbstbestimmtes Leben in Würde führen können. Es soll ihnen die volle gesellschaftliche Teilhabe ermöglicht werden. Sie dürfen weder schulisch, beruflich, noch sozial ausgegrenzt und benachteiligt werden. Ihre diesbezüglichen Rechte müssen wir stärken. Das Ziel ist die inklusive Gesellschaft, in der behinderte und andere benachteiligte Menschen in alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens eingebunden werden und an allen Aktivitäten der Gesellschaft teilhaben können.

Projekt 97: Selbständigkeit unterstützen

Ein wichtiger Schritt in Richtung Eigenständigkeit ist frei verfügbares Einkommen. Wir fordern deshalb mehr Beschäftigungsprojekte, zusätzliche Maßnahmen zum Arbeitsplatzeinstieg und zur Sicherung des Arbeitsplatzes für Menschen mit Behinderungen. Darüber hinaus soll der Staat die Selbständigkeit nach Kräften unterstützen: Wir wollen deshalb die Ausdehnung der Assistenz am Arbeitsplatz auf alle Lebensbereiche.

Projekt 98: Ausbau der Barrierefreiheit

Eine weitere Bedingung für echte Eigenständigkeit ist die Barrierefreiheit: Nur wer sich im Alltag ungehindert bewegen kann, nimmt auch ungehindert am öffentlichen Leben teil. Wir brauchen daher einen Ausbau der Barrierefreiheit: Öffentliche Gebäude sollen barrierefrei saniert, barrierefreies Bauen soll verpflichtender Teil von Ausbildungen in den Bereichen Architektur und Bauingenieurwesen werden. Auch das Ansuchen um finanzielle Unterstützung darf nicht zum Hürdenlauf werden: Das Sozialministerium soll die zentrale Anlaufstelle der Hilfsmittelversorgung für Menschen mit Behinderungen werden. Österreich spielt eine Vorreiterrolle, auch was die internationalen Rechte von Menschen mit Behinderungen, etwa in der Entwicklungszusammenarbeit, betrifft.

Bewegung und Sport als lebenslange Begleiter

Sport verbindet, Sport integriert, Sport bildet und bringt viele Menschen zusammen. Bewegung und Sport sind wichtige Querschnittsmaterien in unserer Gesellschaft und haben eine hohe Bedeutung für die Erhaltung und Förderung der Gesundheit.

Projekt 99: Tägliche Turnstunde – die positiven Effekte von mehr Bewegung nutzen



Die positiven Effekte von mehr Bewegung sollen stärker als bisher genutzt werden. Für bisher benachteiligte Bevölkerungsgruppen soll es spezifische Angebote von Sportvereinen geben. An den Schulstandorten soll der organisierte Sport verstärkt in den Schulsport eingebunden werden. Die Verbesserung der Zusammenarbeit, besonders durch Bereitstellung zusätzlicher Mittel für Vereins- und Schulkooperationen, und die notwendige Ausbildung der ÜbungsleiterInnen ist ein zentrales Ziel für die kommenden Jahre. Durch eine tägliche Turnstunde im Kindergarten und in der Schule werden wir die Gesundheit der Kinder fördern und einen aktiven Kampf gegen Bewegungsarmut führen. Auch am Arbeitsplatz soll es durch die Schaffung von Anreizen zu mehr Bewegungsangeboten kommen.

Projekt 100: Bessere Rahmenbedingungen für den Leistungssport

Österreichs Sport verliert viele Talente am Übergang vom Nachwuchssport zum Spitzensport, weil oft eine Berufsausbildung mit der Ausübung von Leistungssport kaum vereinbar ist. Um langfristig Talente im Sport halten zu können, braucht es eine bessere soziale Absicherung, begleitende Berufsausbildungsangebote und Hilfestellungen am Übergang von der aktiven Karriere in ein späteres Berufsleben. Darüber hinaus müssen auch das „Berufsbild Trainer/Trainerin“ weiterentwickelt und Modelle zur Laufbahnplanung geschaffen werden. Die Planung, der Bau und der Betrieb von Sportstätten, die für den Leistungs- und Spitzensport für Trainingszwecke zur Verfügung stehen, müssen gemeinsam mit den Bundesländern österreichweit besser koordiniert werden.

Kultur für alle

Die Freiheit der Kunst, die Wertschätzung der Künstlerinnen und Künstler, die Verbesserung der sozialen Lage, kulturelle Vielfalt, Kulturvermittlung und öffentliche Finanzierung sind die Grundpfeiler sozialdemokratischer Kunst- und Kulturpolitik. Innovative Formen der künstlerischen Äußerung gerade auch in ihren interdisziplinären und internationalen Ausprägungen sind uns dabei ein besonderes Anliegen.

Projekt 101: Klares Bekenntnis zur Verantwortung des Staates in der Kulturförderung

Der Staat muss weiterhin ein verlässlicher Partner der Kulturschaffenden und Kulturinstitutionen sein. Gesetzlich wertgesicherte Basisabgeltungen und Investitionsprogramme für Bundeskulturinstitutionen unterstreichen die Verantwortung des Staates in diesem Bereich. Maßnahmen werden auch bei der Digitalisierung gesetzt: In Museen, Bibliotheken und zahlreichen Archiven schlummern historische Wissens- und Kulturschätze, die der Öffentlichkeit nicht oder nur mit größerem Aufwand zugänglich sind. Wir werden einen Sonderfonds etablieren, der Digitalisierungsvorhaben im öffentlichen Interesse fördert, und damit einen zeitgemäßen Zugang zu öffentlich geförderten Inhalten schaffen. Kunst und Kultur sollen auch auf europäischer Ebene stärker verankert und zusätzliche Finanzierungsquellen erschlossen werden.

Projekt 102: Fokus auf zeitgenössische Kunst – Förderinstrumente stärken und Einkommen sichern

Im Bereich der zeitgenössischen Kunst braucht es eine Stärkung der Förderinstrumente. Regionale Kulturinitiativen werden durch mehrjährige Förderverträge und regelmäßige Valorierungen unterstützt, Geschlechtergerechtigkeit bei Kultureinrichtungen durch Adaptierungen bei den Förderrichtlinien forciert. Zur Unterstützung des erfolgreichen österreichischen Films soll die Finanzierung des Österreichischen Filminstituts weiter signifikant aufgestockt, die innovative Filmförderung erhöht, Programmkinos und Filmfestivals gestärkt und die Verbreitung unterstützt werden. Auch in anderen Kunstsparten stehen wir für einen Ausbau der Förderschienen für zeitgenössische Kunst. Die Einkommen von Künstlerinnen und Künstlern sollen durch gerechte und faire Vergütung kreativer Leistungen, Mindeststandards der Entlohnung und Anpassungen bei den sozialen Sicherungssystemen gewährleistet werden.

Projekt 103: Kunst- und Kulturvermittlung ausbauen

Kunst und Kultur soll allen Menschen unabhängig von ihrer gesellschaftlichen und sozialen Stellung zugänglich sein. Dazu braucht es viele Initiativen, die Barrieren und Hürden beim Zugang zu Kunst und Kultur abbauen. Wesentlicher Bestandteil muss eine Fortsetzung und Intensivierung der Vermittlungsinitiativen in allen Bereichen, insbesondere des Freien Eintritts bis 19 Jahre sein. Darüber hinaus setzen wir uns für eine Stärkung der Kooperationen und Verschränkungen von Bildung, Kunst und Kultur z.B. durch Kulturpartnerschaften im Rahmen der ganztägigen gemeinsamen Schule mit Theatern, Museen, Kulturinitiativen, Büchereien oder Musikschulen ein. Auch das öffentliche Büchereiwesen und die Literaturhäuser sollen gestärkt werden.

Projekt 104: Ein modernes Bibliotheksnetz für den Zugang zu Bildung, Kultur und Information

Öffentliche Büchereien sind Zentren für Bildung, Kultur, Information sowie soziale Integration. Sie leisten als Orte des freien Zugangs zu Wissen und Information einen wesentlichen Beitrag zur Informations- und Meinungsbildungsfreiheit der BürgerInnen. Mit dem Ausbau eines modernen, flächendeckenden Bibliotheksnetzes werden wir die Chancengleichheit beim Zugang zu Bildung und Kultur sicherstellen. Die Rahmenbedingungen dafür sind in einem Österreichischen Bibliotheksplan festzuschreiben, der die Verbesserung der regionalen Versorgung mit Büchereien und die Sicherung der Qualität im Bibliothekswesen zum Ziel hat. Einzubeziehen sind auch die Möglichkeiten der E-Medien: Durch die Schaffung einer „Österreichischen E-Book-Bibliothek“ soll via Büchereien der Zugang zu E-Books erleichtert werden. Dazu brauchen Bibliotheken auch die Möglichkeit, E-Books wie normale Bücher zu erwerben und zur Verfügung zu stellen. Darüber hinaus müssen Öffentliche Bibliotheken stärker als integraler Bestandteil des Bildungssystems und Kulturangebotes einbezogen werden.

Zugang zu Wissen und Information durch eine innovative Medienpolitik

Der Zugang zu Wissen und Information durch eine innovative Medienpolitik im Print-, TV- und Onlinebereich ist eine zentrale Forderung der SPÖ. Die Unabhängigkeit und Vielfältigkeit der österreichischen Medien ist dabei ein wesentlicher Bestandteil unserer demokratischen Kultur. Diese Werte gilt es auch im Zuge des nunmehr stattfindenden grundlegenden Wandels der Medienwelt, ausgelöst durch die Digitalisierung und wirtschaftliche Veränderungen, zu sichern. Dafür sind Maßnahmen wie die Reform der Presseförderung zum Erhalt der Vielfalt der österreichischen Medienlandschaft notwendig. Der Medienstandort Österreich soll auf Basis des dualen Mediensystems, bestehend aus einem starken öffentlich-rechtlichen Rundfunk und privaten Medienunternehmen, weiter gefestigt werden.

Projekt 105: Qualitativen Journalismus fördern

Wir treten für eine Änderung der Presseförderung ein, die sich an Vielfalt und Qualitätskriterien – auch im Online-Bereich – orientieren soll. Dabei ist Journalismusförderung von besonderer Bedeutung. Diese Förderung soll sich unter anderem an der Qualität der journalistischen Arbeitsbedingungen und der Aus- und Weiterbildung des journalistischen Personals orientieren. Für die MedienkonsumentInnen soll durch diese Förderung inhaltliche Vielfalt gesichert werden, die sowohl das Interesse an objektiver Information befriedigt, als auch die Basis für demokratische Teilhabe bildet.

Projekt 106: Die private Rundfunklandschaft in Österreich sichern

Das duale Rundfunksystem in Österreich soll in seiner wirtschaftlichen Existenz abgesichert werden. Den wirtschaftlichen Veränderungen in der Medienbranche, verursacht durch die digitale Substitution sowie die Finanz- und Wirtschaftskrise und dem damit zusammenhängenden geringeren Werbeaufkommen, ist entgegenzuwirken. Daher soll die Medienförderung privater kommerzieller und nicht kommerzieller Rundfunkunternehmen fortgeführt werden.

Projekt 107: Reform des öffentlich-rechtlichen Rundfunks

Der öffentlich-rechtliche Rundfunk soll weiterhin in der Lage sein, ein umfassendes Informations- und Unterhaltungsangebot anzubieten. Dafür ist es notwendig, den öffentlich-rechtlichen Auftrag an die europäischen Vorgaben anzupassen und neue öffentlich-rechtliche Inhalte im Gesetz zu verankern sowie Online-Beschränkungen aufzuheben. Um die Qualität des Programmes des öffentlich-rechtlichen Rundfunks zu gewährleisten, ist es erforderlich, das Programmengeld so neu zu ordnen, dass eine langfristige Planbarkeit und Finanzierung des ORF sichergestellt ist. Dies stellt die Basis dar, dass die MitarbeiterInnen des ORF auch künftig Arbeitsbedingungen vorfinden, die garantieren, dass der ORF seine journalistische Tätigkeit qualitativ hochwertig ausüben kann und österreichische Produktionen im gleichen Ausmaß wie bisher finanzierbar sind. Eine Reform der Kontrollgremien unter Berücksichtigung internationaler Vorbilder und der generellen Regelungen des Gesellschaftsrechtes soll die Effektivität der Aufsicht erhöhen und damit die Unabhängigkeit des ORF auch für die Zukunft sichern.

Lebensqualität und Chancengleichheit im ländlichen Raum

Der ländliche Raum zeichnet sich durch hohe Lebensqualität aus und stellt einen wesentlichen Erholungsraum für die österreichische Bevölkerung dar. Wir stellen die konkreten Lebensbedingungen der Menschen im ländlichen Raum, ihre Arbeitsplätze und ihren Zugang zu Bildung und Infrastruktur in den Mittelpunkt. Ziel ist es, Chancengleichheit wie in den urbanen Regionen zu gewährleisten, Zukunftsperspektiven zu sichern und die Gemeinden beim Erfüllen ihrer Aufgaben zu stärken.

Projekt 108: Nationale Strategie für den ländlichen Raum erarbeiten

Die Rahmenbedingungen in den unterschiedlichen Regionen und Gemeinden Österreichs sind vielfältig. Wir brauchen daher eine nationale Strategie für den ländlichen Raum, die alle Lebensbereiche fördert und folgendes beinhaltet: Schaffung von Zukunftsperspektiven für die Bevölkerung, Erhalt und Ausbau der Infrastruktur, Schaffung von Ausbildungs- und Arbeitsmöglichkeiten, faire Einkommen für landwirtschaftliche Betriebe, kulturelle Angebote und ein lebendiges Vereinsleben. Die Daseinsvorsorge soll in strukturstarken und strukturschwachen Regionen gleichermaßen wie im städtischen Bereich garantiert werden. Dieses vielschichtige Programm zielt auf hohe Lebensqualität, Chancengleichheit und vielfältige Möglichkeiten zur Lebensgestaltung. Durch lebenswerte Rahmenbedingungen für die am Land lebende Bevölkerung soll der Landflucht entgegen gewirkt werden.

Projekt 109: Einen Schwerpunkt auf den Arbeitsmarkt setzen

Eine wichtige Voraussetzung, dass die BewohnerInnen des ländlichen Raums ein gutes Leben führen und am Land wohnen bleiben können, sind gut erreichbare und attraktive Arbeitsplätze und Zukunftsperspektiven vor allem für junge Menschen. Dem bestehenden Lohn-/Gehaltsgefälle zwischen Stadt und Land müssen wir entgegenwirken. Für mehr berufliche Perspektiven sollen soziale Dienstleistungen, unter anderem durch Ausschöpfung der EU-Fördermittel für den ländlichen Raum, ausgebaut, Betriebe gestärkt und der Tourismus entwickelt werden. Im ländlichen Raum sind die Wirtschaftsstrukturen geprägt von Klein- und Mittelbetrieben – dort wollen wir auch mit einer gezielten Förderstrategie ansetzen, die die zur Verfügung stehenden europäischen Fonds nachhaltig nutzt. Das beginnt bei Maßnahmen wie dem Breitbandausbau und reicht bis zur Entwicklung von Konzepten zur Sicherung der Gewerbenachfolge.

Projekt 110: Gerechte Verteilung der Agrarförderungen

Im Rahmen von EU-Förderungen steht Österreich ein breites Spektrum an Finanzierungsmöglichkeiten für die Entwicklung des ländlichen Raums zur Verfügung. Wichtig ist uns, dass die Finanzmittel für den ländlichen Raum allen Menschen, die in ländlichen Regionen leben, zugutekommen. Dafür ist auch ein Umdenken bei der Vergabe von Förderungen notwendig. Wir wollen eine gerechtere Verteilung der Agrarförderungen mit klaren Obergrenzen auf Basis des Arbeitseinsatzes. Das bedeutet, dass Arbeit das entscheidende Förderkriterium sein muss und nicht etwa die Größe der bewirtschafteten Fläche oder die Viehstückzahl, was besonders kleinere und mittlere Landwirtschaftsbetriebe, Bio-Bauernbetriebe und Bergbauernbetriebe unterstützt. Bei den Förderzielen brauchen wir einen starken Fokus auf Innovation.

Projekt 111: Stärkung der Gemeinden und Zusammenarbeit der Kommunen

Die Gemeinden sind im ländlichen Raum als Verwaltungs- und Organisationseinheiten nicht wegzudenken. Wichtig ist daher die Ausstattung mit ausreichend Ressourcen, damit die Gemeinden ihrem Arbeitsauftrag nachkommen können. Die Zusammenarbeit von Kommunen soll gefördert werden, um zu einer Effizienzsteigerung und auch zur Verbesserung der Versorgung beizutragen. Durch einheitliche und klare Regelungen soll sichergestellt werden, dass bei der Finanzierung kommunaler Aufgaben die langfristige Stabilität der Kommunalfinanzen gesichert ist.

